

Danziger Volkszeitung

Westpreußisches Volksblatt

Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Aussträger oder Zweigstellen monatl. 2.50 Dm., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3.00 G., nach Pommern durch Träger 4.00, durch die Post 4.25 Bl., nach Polen unter Kreuzband 8.25 Bl., Einzelblatt 0.15 G., bzw. 0.25 Bl. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezieher ob, Interesse keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Abzahlung, falls die Zeitung in befürchtetem Umfang verstopft oder nicht erscheint. Unverl. Manuskript werden nicht zurückgefordert. Herausgeber: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97. Hauptrichtlinien: 248 97.

Anzeigenpreise und -bedingungen: Die einseitige Millimeterseite (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf. im Reklameteil (82 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise: Berlin und Nachbarländer nach Europa und amtielle Anzeigen kein Rabatt. Platz u. Zeitungsgrößen siehe unten. Bestellungen und Abschreibungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge undeutlicher Manuskripts oder tel. Aufgabe keine Gewähr. Bei verzögter Zahlung kontrollieren, Vergleichen und gerütteln. Bestrebungen kein Rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telegr.-Adresse: Landeszeitung Danzig.

**Anzeiger für den Freistaat Danzig
Pommern und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatländer“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

Böllig veränderter Text des Biermächtepaktes

Sein Inhalt nach französischer Auffassung — Frankreich paraphiert, die Reichsregierung prüft noch.

Paris, 6. Juni. Die Agence Havas gibt heute abend eine Analyse des letzten Biermächtepaktes. Entwurf, der gegenüber dem ursprünglichen Biermächtepakt einen völlig neuen Text darstellt, der von der deutschen Reichsregierung noch einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird.

Nach dieser Havas-Analyse werde in der Einleitung erklärt, daß der Biererpakt in der Hauptfache bezweckt, die Verfahrensmethoden des Biermächtepaktes wirtschaftlich zu gestalten, ohne daß die Beschlüsse der vier Großmächte den Rechten der anderen Staaten, über die sie ohne diese nicht verfügen könnten, Abbruch tue.

Artikel 1 sieht vor, daß England, Frankreich, Italien und Deutschland sich dahin verständigt hätten, eine effektive Politik der Zusammenarbeit zu treiben.

Artikel 2 bestimme, daß der Meinungsaustausch vor allem der Anwendung der Bestimmung des Völkerbundepaktes gelten werde, namentlich von Artikel 10 (Aufrechterhaltung des Status quo), Artikel 16 (Sanktionen im Konfliktfalle) und Artikel 19 (Vertragssrevision).

Artikel 3 besage, daß, falls die Abrüstungskonferenz von Genf scheitern sollte, die vier Mächte sich ins Einvernehmen setzen würden, um untereinander für die unlösbar gebliebenen Probleme eine Regelung zu finden.

Artikel 4 präzisiere, daß die Großmächte ebenfalls gemeinsam die Wirtschaftsfragen in Europa, die sie gemeinsam interessierten, prüfen könnten.

Artikel 5 sehe die Laufzeit des Paktes auf 10 Jahre mit einer Erneuerung für den gleichen Zeitraum fest, falls nicht beim Ablauf des 8. Jahres nach Inkraftsetzung etwas anderes bestimmt werde.

Im Artikel 6 endlich wird bestimmt, daß der französische Text des Abkommen im Falle von Streitigkeiten als verbindlich gelte.

Zu dieser Analyse des neuen Biermächtepakt-Entwurfs gibt die Agence Havas einen Kommentar, in dem es heißt, in französischen politischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die französische Regierung ihre offizielle Zustimmung zu dem Abkommenentwurf — natürlich unter Vorbehalt des Ratifizierungsrechts durch das Parlament — gegeben habe, weil der Ministerpräsident hinsichtlich der Änderungen, die Daladier und Paul-Boncour am alten Text forderten, Genugtuung erhalten hätte, namentlich bei den Beipräventionen, die er vom Pfingsten mit dem englischen Geschäftsträger führte.

In der Tat bringe der Text, so heißt es in dem Havas-Kommentar weiter, auf den Mussolini und die Vertreter Englands und Frankreichs sich geeinigt hätten, das gegenseitige Bemühen um Ausgleich zum Ausdruck, und man hege die Hoffnung, daß Deutschland seinerseits binnen kurzem sich anschließen werde.

Während der ursprüngliche Text im wesentlichen die Revision der Friedensverträge und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung durch die Zusammenarbeit im Biererdiktatorium der Großmächte vorah, erscheine der lezte Text viel nuancierter. Weit davon entfernt, den Vorrechten des Völkerbundes Abbruch zu tun, berufe er sich im Gegenteil verschiedentlich auf die Bestimmungen des Völkerbundepaktes und bestätige die Verpflichtungen der Locarno-Allianzen und des Kriegsächtenden Briand-Pelleggi-Paktes.

Die eingangs der Meldung gegebene Analyse des Textes beweise, daß die Unzuträglichkeiten, die bei Verhandlungsbeginn zu befürchten gewesen seien, glücklicherweise im letzten Biermächtepakt verschwunden seien, so daß die kleinen Entente sich heute nicht mehr gegen ihn sperre. Frankreich habe somit seine herzlichen Beziehungen zu England aufrechterhalten und eine Entente mit Italien in Angriff nehmen können, in der Erwartung, daß direkte Verhandlungen eine Verständigung zwischen Rom und Paris hinsichtlich der zwischen beiden Ländern schwelenden Streitfragen herbeiführen würden.

Das scheine das Gesamtergebnis zu sein, das die französische Kammer von der Regierung erreichen wollte, als sie ihr kürzlich mit starker Mehrheit die Ernennung erteilte, die Verhandlungen wegen des Abschlusses des Biermächtepaktes fortzusetzen.

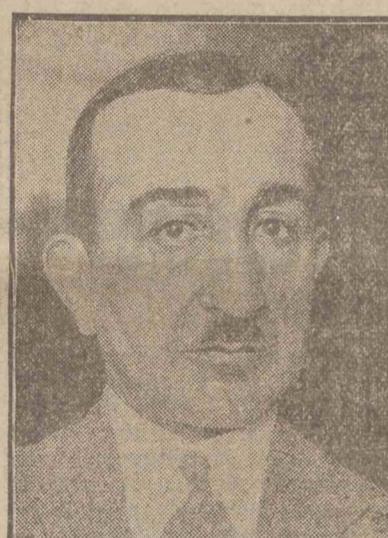
Zum Schluß gibt der Havas-Kommentar der Erwartung auf eine Neuflözung Deutschlands Ausdruck, durch die erst der Pakt wirksam werden könnte.

Frankreich paraphiert den Biererpakt.

Paris, 6. Juni (WB). In einem Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik erstattete Ministerpräsident Daladier und Außenminister Paul-Boncour über den Stand der Verhandlungen zum Biererpakt sowie über die an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommenen Änderungen Bericht. Der Ministerrat hat beschlossen, den französischen Botschafter in Rom zu ermächtigen, den Text dieses Paktes zu paraphieren.

Die Reichsregierung prüft den Text des Biererpaktes.

Berlin, 6. Juni (WB). Zu der Pariser Meldung, daß der französische Botschafter in Rom ermächtigt



Sirdar Mohamed Aziz Khan ist seinen Verlebungen erlegen.

Der Mörder hat bei seiner Vernehmung im Polizeipräsidium u. a. angegeben, daß er die Tat aus vaterländischen (!) Beweggründen begangen habe. Er sei Anhänger einer Bewegung, die auf den Sturz des gegenwärtigen Regimes in Afghanistan hinarbeiten.

Zu dem Anschlag auf den afghanischen Gesandten Sirdar Mohamed Aziz Khan, den 55-jährigen ältesten Bruder des jungen Königs von Afghanistan, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Gesandte war gerade im Begriff, mit einem Bekannten, dem Studenten Mohamed Atif, das Haus an einem Spaziergang zu verlassen, als ihm am Treppenaufgang der 33 Jahre alte Afghane Nemal Smed entgegentrat, der mit dem Ruf „Für die Freiheit“ zwei Schüsse auf den Gesandten abfeuerte. Durch den ersten Schuß wurde der Gesandte sofort in die Brust getroffen und schwer verletzt. Der zweite Schuß traf den Täter, der sofort auf den Täter gemeinsam mit einem Diener, der dem Gesandten in den Mantel helfen wollte. Obwohl der Schütze noch drei weitere Schüsse abgab, konnten ihn die beiden festhalten, bis Polizeibeamte hinzukamen. Der Täter ist auf der Botschaft von Gefangenheitsfestlichkeiten her bekannt. Er gehört zu einer Studentengruppe, die schon seit Jahren mit Unterstüzung einer afghanischen Regierung in Deutschland studiert.

Dieser eingesandte der Meldung gegebene Analyse des Textes beweise, daß die Unzuträglichkeiten, die bei Verhandlungsbeginn zu befürchten gewesen seien, glücklicherweise im letzten Biermächtepakt verschwunden seien, so daß die kleinen Entente sich heute nicht mehr gegen ihn sperre. Frankreich habe somit seine herzlichen Beziehungen zu England aufrechterhalten und eine Entente mit Italien in Angriff nehmen können, in der Erwartung, daß direkte Verhandlungen eine Verständigung zwischen Rom und Paris hinsichtlich der zwischen beiden Ländern schwelenden Streitfragen herbeiführen würden.

Das scheine das Gesamtergebnis zu sein, das die französische Kammer von der Regierung erreichen wollte, als sie ihr kürzlich mit starker Mehrheit die Ernennung erteilte, die Verhandlungen wegen des Abschlusses des Biermächtepaktes fortzusetzen.

Zum Schluß gibt der Havas-Kommentar der Erwartung auf eine Neuflözung Deutschlands Ausdruck, durch die erst der Pakt wirksam werden könnte.

Frankreich paraphiert den Biererpakt.

Paris, 6. Juni (WB). In einem Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik erstattete Ministerpräsident Daladier und Außenminister Paul-Boncour über den Stand der Verhandlungen zum Biererpakt sowie über die an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommenen Änderungen Bericht. Der Ministerrat hat beschlossen, den französischen Botschafter in Rom zu ermächtigen, den Text dieses Paktes zu paraphieren.

Die Reichsregierung prüft den Text des Biererpaktes.

Berlin, 6. Juni (WB). Zu der Pariser Meldung, daß der französische Botschafter in Rom ermächtigt

hängig machen, daß auch Deutschland sich dazu entschließe. Auf deutscher wohlinformierter Seite wird wiederholt betont, daß gegenüber dem alten Biermächtepakt, über den sich alle Beteiligten von Pfingsten geeinigt hatten, und den der französische Ministrerrat dann bekanntlich ablehnte, der neue Text eine völlig neue Phase in den Verhandlungen bedeutet.

Wie verlautet, werden die für Deutschland wichtigen Vertragsbestimmungen, so z. B. die Gleichberechtigung, nur ungenügend berücksichtigt. Die amtlichen Stellen dürften also sorgfältig abwägen, ob noch ausreichendes Interesse an der Paraphierung besteht. Mit dem Ergebnis dieser Untersuchung ist daher wohl auch vor morgen nicht zu rechnen.

Von deutscher Seite wird zu dem Attentat amtlich gemeldet:

Die Reichsregierung hat unmittelbar nach der Tat Geheimrat Sauerbruch veranlaßt, dem Verlebten seine ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Leider waren die Bemühungen, das Leben des Gesandten zu retten, erfolglos. Er ist bereits am Nachmittag seinen schweren Verlebungen erlegen.

Die Reichsregierung bedauert den Tod dieses hervorragenden Diplomaten, der sein Land bereits als Botschafter in Moskau vertreten hatte, bevor er den Berliner Posten übernahm, auf das Deutsche und verurteilt mit dem ganzen deutschen Volke das verabscheulichste Verbrechen.

Der Ermordete, der ein Bruder des Königs Nadir Shah ist, hatte den Berliner Gesandtenposten erst vor kurzem angetreten.

Junge Kräfte in der protestantischen kirchlichen Führung.

Ein neuer Schritt des Reichsbischofs.

Berlin, 6. Juni (WB). Der protestantische Reichsbischof hat, wie mitgeteilt wird, im Zusammenhang mit dem vor der Presse geäußerten Absichten in der Führung der Kirche Platz für jüngere Kräfte zu schaffen, einen weiteren Schritt bei dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates unternommen und die Bitte ausgeprochen, dahin zu wirken, daß den berechtigten Forderungen der jüngeren Generation der Pfarrerhaupt und Gemeinderat nun mehr beschleunigt Rechnung getragen werde. Der Reichsbischof spricht dabei erneut seine Überzeugung aus, daß das große Reformwerk nur durchgeführt werden könne, wenn die jungen, durch den Krieg und den Kampf um die Erneuerung des Volkes geformten Kräfte an verschiedenen Stellen verantwortlich eingesetzt würden. Er knüpft daran die Hoffnung, daß um der entscheidenden Stunde willen, die protestantische Kirche in dieser Zeit durchlebe, das Opfer und die Selbstlosigkeit erwartet werden können, auch wenn es für die Betroffenen in manchen Fällen schmerzlich sei.

Dieser Schritt des Reichsbischofs begegnet sich, wie weiter erklärt wird, mit den Absichten des Präsidenten Käppler, die dieser bereits vor längerer Zeit vor einem vertraulichen Kreise zur Sprache gebracht hat. Die gleiche Anregung dürfte, wie verlautet, auch an die anderen deutschen Landeskirchen ergehen.

Beginn des Irrweges des Liberalismus, der individualistischen Zersplitterung um das Bewußtsein von Nation, Staat und Volkstum, als man sich von der Kirche losreiht, diese Gitter, Nation, Staat usw. im falschen Sinne verabsolutierte und sie grade dadurch der Sierung preisgab. Wollen wir sie wieder für uns retten, so führt der Weg nicht über weitere Verabsolutierung, sondern eben über die Kirche, die uns in ihnen die Erfahrung zeigt.

Eben aus dieser universalen Liebe zu allen Gliedern des großen Gotteskosmos, aus der verantwortungsbewußten universalen Erfahrung vor Gottesordnungen in Sein und Leben, hat Papst Pius XI. gegen sein eigenes Ziel, jeder einzelnen und jede Gemeinschaft ist dem Schöpfer zum Mitbauen an dem großen umfassenden Kosmos zur Ehre Gottes verpflichtet und dafür verantwortlich. Hinter diesem Ziel steht die ewige Bestimmung zu erfüllen, nicht als unmittelbare Herrschaft über alle menschlichen Lebensgebiete anzusehen, als ob er das Grundgesetz einer formalen Theokratie sei, von der die christliche Heilsordnung niemals gesprochen hat. Aber trotzdem führt dieser Auftrag an die Menschen und Fundamente menschlichen Daseins.

Pius XI. und die Neuordnung von Wirtschaft und Staat.

In einer gut besuchten Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland zu Münster sprach am 30. Mai der bekannte Soziologe Professor G. Gundlach S. J. über das Thema: Pius XI. und die Neuordnung von Wirtschaft und Staat. Die hier entwickelten Gedanken sind gerade in unseren Tagen von so grundlegender Bedeutung, daß sie auch weit über das Münsterland hinaus Beachtung und Würdigung finden sollten.

P. Gundlach begründet zunächst, ausgehend von dem Werkamt seines Themas, warum und wie weit die Kirche für sich das Recht in Anspruch nehme, bei dem Neubau von Staat und Gesellschaft ratend und fördernd einzutreten. Entscheidender und tiefer Grund ist auch hier der göttliche Auftrag an die Kirche, durch ihr Lehramt, Priesteramt und Hirtenamt der Menschen der ewigen Bestimmung zu erfüllen.

Nicht als ob dieser Auftrag nun das Recht einschließt, eine unmittelbare Herrschaft über alle menschlichen Lebensgebiete anzusehen, als ob er das Grundgesetz einer formalen Theokratie sei, von der die christliche Heilsordnung niemals gesprochen hat. Aber trotzdem führt dieser Auftrag an die Menschen und Fundamente menschlichen Daseins.

Zum Schluß gibt der Havas-Kommentar der Erwartung auf eine Neuflözung Deutschlands Ausdruck, durch die erst der Pakt wirksam werden könnte.

Frankreich paraphiert den Biererpakt.

Paris, 6. Juni (WB). In einem Ministerrat unter

Der katholische Gesellentag in München bedingungsweise erlaubt.

München, 6. Juni. Der mit Verfügung der Polizei vom 2. Juni verbotene katholische Gesellentag wurde unter der Bedingung zugelassen, daß diese Veranstaltung auf den Ausstellungspark und das Dante-Stadion beschränkt bleibt und daß außerhalb des Ausstellungsparks und des Dante-Stadioms weder Aufmärsche stattfinden, noch entrollte Fahnen gezeigt werden.

Revolveranschlag auf Benizelos

London, 7. Juni (WB). Nach einer Meldung aus Athen wurde auf den im 70. Lebensjahr stehenden griechischen Staatsmann Benizelos gestern in später Abendstunde ein Revolveranschlag verübt. Als Benizelos mit seiner Gattin im Auto von Syriza nach Athen zurückkehrte, feuerte ein unbekannter Mann mehrere Revolvergeschüsse gegen das Auto ab. Der Anschlag wurde etwa 6–7 Kilometer von Athen entfernt verübt. Die Täter feuerten aus einem Auto auf das Auto des vormaligen Ministerpräsidenten. Frau Benizelos wurde durch vier Schüsse verletzt, die die Beine trafen und den Magen durchbohrten. Ein persönlicher Sicherheitsbeamter von Benizelos wurde getötet. Der Führer des Wagens wurde schwer verwundet, war aber noch imstande, die Insassen nach Athen zu fahren. Die Verbrecher sind entkommen. Benizelos hat nur einige Schnittwunden durch Glassplitter erlitten und ist im übrigen unverletzt.

ein achtunggebietendes, ja geradezu in manchem vorbildliches Werk war.

Wurde einerseits von Leo XIII. der Staat energetisch auf seine Pflicht zur Sozialpolitik verwiesen, so betonte er andererseits aus den gleichen christlich-naturlichen Staatsgedanken heraus, daß vom bürgerlich-liberalen Individualismus ebenso wie von einem mißverstandenen Konservatismus bestreitete Recht,

die Pflicht der Selbsthilfe der Beteiligten, insbesondere das Naturrecht der Verbindungs- freiheit vor allem der Arbeiter.

Es ist nach der lehramtlichen Verkündigung des sozialen Papstes einfach ein Naturrecht, das auch kein Staat grundsätzlich aufheben oder auch nur diskretionär unmöglich machen kann, wenn er eine wirklich christliche Staatsführung als seinen Grundzustand angenommen hat. Wir Katholiken können jedenfalls dieses Recht nicht preisgeben, ohne unserer katholischen Grundhaltung in Ünter zu verlieren, um so weniger, als gerade jene privaten Zusammenschlüsse katholischer Staatsbürger zu kirchlich sozialen Vereinen und Verbänden, die katholischen Arbeitervereine, Gesellenvereine, Meistervereine, Kaufmännische Vereinigungen usw. jene Organe sind,

durch die das Leidendelement der Kirche an ihrer wesentlichen Aufgabe, Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft zu sein, tätigen Anteil ausüben kann und muss.

Aus dieser Erwägung heraus versteht man den Ernst, mit dem unsere Bischöfe gerade in unsrigen Tagen für das Vereinigungswesen der deutschen Katholiken sich einsetzen, nicht aus konfessioneller Enge oder gar clerikalem Machtstreben, sondern einfach aus der Erwägung, daß es sich hier um

das unveräußerliche Recht der Kirche auf die volle Entwicklung ihres Lebens im Sinne ihrer göttlichen Aufgabe handelt, und weiter, daß es sich auch im bestverstandenen Interesse um den Rahmen unseres Staates handelt,

um ein wesentliches Mittel, ihn vor auf die Dauer stehender Enge utilitaristischer Staatsraison zu bewahren.

Papst Pius XI. macht in seiner Encyclika kein Gehl daran, daß er in der freien Befolgung der Parolen der Encyclika „Rerum novarum“ durch die Katholiken sich setzt. Er ist überhaupt weit davon entfernt, diese Periode — so sehr sie im Zeichen der Industriekapitalistischen Entwicklung stand — schlechthin als ein Trümmerfeld ohne wertvolle Eigenbauten abzutun, trotz aller sozialistischen und liberalistischen Einflüsse.

Und wir deutschen Katholiken haben wahrhaftig keinen Grund, uns eine solche allgemein verteilende Einstellung zur abgelaufenen Periode suggerieren zu lassen.

Pius XI. ist aber anderseits ebenso wenig blind gegen den grundsätzlichen Mangel der nun hinter uns liegenden Sozialperiode; im Gegenteil ist gerade die Erfahrung dieses Mangels der Ansatzpunkt seiner neuen berufständischen Parole. Es ist die „Klassenscheidung“ der Parteien des Arbeitsmarktes, die miteinander um die Art des staatlichen Eingriffes, um die Objektivität des Staates in Auseinandersetzung stehen. Nicht als ob diese Auseinandersetzung soll doch nicht Dauerstand sein, sie muß vielmehr überwunden werden; und sie darf vor allem nicht, wie sie es infolge der Entwicklung der politischen und Wirtschaftsverhältnisse mehr und mehr tut, ins eigentlich Politische, in den Staat derart hineinragen werden, daß die Sozialpolitik Auslast und Mittel wird, von der klassenmägigen Schichtung der Gesellschaft her den Staat zu schwächen, ihn und seine Bedeutung zum Gegenstand kündiger, mehr oder weniger labiler Kompromisse zu machen.

Heute ist als Reaktion auf diese Neuentwicklung der Ruf nach dem „araren Staate“ übermächtig geworden. Man verfügt nunmehr, die Gesellschaft derart in den Staat hereinzunehmen, daß man die zentralisierten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als zwei selbständige „Säulen“ einer neuen „berufständischen Ordnung“, zu Armen des Staates selber macht, mit denen er unmittelbar als totaler und autoritärer Staat die Wirtschaftsgesellschaft dirigiert. Erst in zweiter Linie sollen diese beiden Säulen zu „fachlichen Einheiten“ verbunden werden.

Es soll und kann hier kein abschließendes Urteil zu diesem dem faschistischen Vorbild nachgebildeten Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbau gegeben werden. Es fragt sich hier nur:

Wie steht die Soziallehre der Kirche, insbesondere die Encyclika „Quadragesimo anno“ grundsätzlich zu diesen Dingen?

„Quadragesimo anno“ sieht das Heilmittel gegen den Einbruch der Gesellschaft in den Staat nicht in einer „Umklammerung dieser Gesellschaftssäulen“ durch den Staat, sondern in der Neuordnung und Zurückführung dieser Gesellschaft auf ihre natürlichen Ordnungseinheiten, in denen sie sich selbst verwaltet und damit den Staat von den ihm an sich wesenfreien Aufgaben entlasten kann. Diese Selbstverwaltung der Gesellschaftskreise, von der Persönlichkeit und den kleineren natürlichen Lebenskreisen an aufwärts, ihre Eigenständigkeit

ist nach der grundsätzlich unabdingbaren katholischen Auffassung Naturrecht und kann auch nicht zu Gunsten eines „totalen“ Staates aufgegeben werden.

Tatsächlich birgt ja auch die Herannahme der gesellschaftlichen Machtkreise, also in praxi der Arbeitsmarktparteien in den totalen Staat als dessen „Arme“ die ungewöhnliche Gefahr, daß entweder wieder die früher besagten, den Staat schwächen können Kompromissionen geschlossen werden müssen, oder die ebenso große, daß die eine oder andere Partei sich durchsetzt und praktisch mit dem Staat und dem Staatswillen identisch wird.

In der berufständischen Parole der katholischen Soziallehre ist die „natürliche“ Ordnung von Gesellschaft und Staat dadurch angestrebt, daß in der Wirtschaft die einzelnen Produktionszweige, d. h. alle in ihr jeweils dauernd beschäftigten Menschen zur natürlichen Einheit zusammengefaßt sind und ihnen ein öffentlich-rechtliches Selbstverwaltungsorgan gegeben wird. Diesen Organen obliegt es, durch allgemeine Normen die gemeinsamen Angelegenheiten des betreffenden Wirtschaftszweiges zu regeln, die Produktionspolitik, die Sozialpolitik, die Fragen der beruflichen Bildung und Erziehung. Alle mit ständischen,

öffentliche-rechtlichen Vertretungsorganen ausgestatteten Produktionszweige bilden an der Spitze ein einheitliches Vertretungsorgan der gesamten nationalen Wirtschaft als Einheit des schaffenden Volkes. So erscheint — Einzelheiten können natürlich hier nicht ausgeführt werden — die deutsche Volkswirtschaft befähigt zu echter Selbstordnung, dadurch aber wieder der Staat entlastet, wahrhaft frei, im besten Sinne total, weil fähig für seine Aufgabe. Rahmen des Ganzen zu sein, letzter Garant der Einheit und des Bestandes gesellschaftlichen Lebens. Ihm bleibt die allein wesentliche Aufgabe des eigentlich Staatlichen und Politischen, die stete Entfaltung und Betätigung eines bestimmten Willens zur Ordnung des Ganzen.

Durchaus wesentlich ist dabei für uns Katholiken, daß Staat und Gesellschaft, ebenso wenig, wie sie liberalistisch getrennt werden dürfen, so auch nicht zusammenfallen dürfen, auch nicht unter dem Vorwand nationale Einigung. Das Recht der Gesellschaft auf Selbstverwaltung ist Naturrecht und muss gewahrt werden. In der Frage, ob der sogenannte autoritäre Staat noch echte berufständische Selbstverwaltung zuläßt, wird sich grundsätzlich entscheiden, ob er das Wesentliche katholischer Forderungen erfüllt, nämlich ein Rechtsstaat zu sein, ein Hüter des Rechtes, sei es des Naturrechtes, sei es des positiven Rechtes, das die Selbstverwaltungs- Körper in Eigenständigkeit segnen.

Der berufständische Aufbau der Selbstverwaltung der Gesellschaft ist eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit. Vor diesem Raum der Vertretungsorgane der Gesellschaft in ihren natürlichen Einheiten liegt aber der privat rechtliche, in dem sich naturrechtliche Koalitionsfreiheit der Persönlichkeit und des privaten Vereinigungswesens auswirkt. Dieser Raum, der Kraft naturrechtlicher Freiheit eben der Ort des religiösen Vereinswesens der Gesellen- und Arbeitervereine und alter entsprechenden „Standesvereine“ im heutigen, nicht berufständischen Sinne des Wortes ist, darf mit dem öffentlich-recht-

lichen Raum des Selbstverwaltungsaufbaus berufständischer Organe nicht vermengt werden, er darf aber auch nicht vor ihm verschwinden. Man kann es wohl nur aus einer

sachlich nicht gerechtfertigten Verweichung

dieser beiden Räume verstehen, wenn ein seinen Katholizismus in anerkennenswerter Offenheit betonender hoher Beamter dieser Tage betonen zu müssen glaubte, daß „Verbands- oder Gruppenbildung konfessioneller Art in den Organisationen des berufständischen Aufbaus keinelei Raum beanspruchen dürfen“. Das graue Ge genteil ist der Fall. Denn eben in diesem privatrechtlichen Raum wird sich ein gut Teil der Vorarbeit für die Aufzäumungsgrenzung des berufständischen Selbstverwaltungskörper abspielen müssen, auf die Einfluß zu nehmen wir Katholiken nicht verzichten können, wollen wir nicht unsere einangs aus tiefer katholischer Weltansicht begründete Aufgabe zur Mitarbeit am Gotteskosmos preisgeben.

Zum Schluß wies der Redner noch mit allem Nachdruck darauf hin, wie wichtig für die Lösung unserer katholischen Lebensaufgabe, wie sie Pius XI. in seiner Encyclika vor uns ausgearbeitet hat,

das Bestehen einer einheitlichen politischen

Wissensbildung der deutschen Katholiken

sei. Darin liegt keineswegs eine Störung des Strebens nach deutscher Volksgemeinschaft, im Gegenteil eine Garantie, daß das Beste, was wir zu dieser Volksgemeinschaft, zum Aufbau eines kraftvollen deutschen Staates und einer deutschen Gesellschaft beizutragen haben, auch wirklich in kräftig vertreten werden. Ist doch letzten Endes dieser einheitliche politische Wille des deutschen Katholizismus nichts anderes als eben die Betätigung jener Lebenskräfte, die wir von der Kirche her empfangen und nun weitertragen haben in den Gottesklassen, von dem unser Vaterland zwar nur ein Teil, aber der uns vor allem wesenhaft verbundene Teil ist, zu dessen Wohl wir unsere ganze Kraft einzusehen niemals aufhören dürfen und werden. Mg.

Die Petition Bernheim erneut vor dem Völkerbundsrat.

Gens, 6. Juni. Der Völkerbundsrat hat sich heute mit dem juristischen Gutachten zur Petition des Judentums Bernheim beschäftigt. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, daß die von der deutschen Regierung aufgeworfenen Kompetenzfragen, die sich auf die Befugnis Bernheims, sich im Namen der Minderheit an den Völkerbund zu wenden, beziehen, negativ zu entscheiden seien. Der deutsche Vertreter, Gesandter v. Keller, erklärte, er sei durch die Beweisführung des Juristen ausgeschlossen nicht überzeugt worden und werde sich deshalb bei der Abstimmung über den Bericht der Stimme enthalten.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der deutsche Vertreter nochmals den Standpunkt der Reichsregierung, daß sie sich an die internationales Verträge und somit auch an die Generalkonvention gebunden fühlt und daß etwaige Maßnahmen in nachgeordneter Behörden, die mit dem Abschluß in Einklang stehen, korrigiert würden. Weiterhin riefte ich bemerkt, schloß Geländer von Keller seine Erklärung, daß sie die Mitglieder des Rates, wenn sie sich jetzt auf den Standpunkt des Juristen stützen, der Tatsache bewußt sein müssen, daß sie sich augenblicklich eines Grundgesetzes von weittragender Bedeutung aussprechen. Es ist selbstverständlich, daß in Zukunft bei allen Beschlüssen, ganz gleichgültig, gegen wen sie sich richten mögen, nach diesem Grundgesetz verfahren wird.

Nach der Erklärung des Gesandten von Keller teilte der Berichterstatter mit, daß er sich entschlossen habe, auf Grund der Erklärungen des deutschen Vertreters seinen Bericht durch Rat der deutschen Erklärungen abzändern. Der abgeänderte Bericht enthält ferner gegenüber der ursprünglichen Fassung gewisse Modifizierungen. Wie in dem ersten Bericht wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der deutsche Vertreter den Berichterstatter zu angebener Zeit über die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

Nach einer verhältnismäßig kurzen Debatte wurde der Bericht bei Stimmenabstimmung Deutschlands und Italiens angenommen.

Ab 1. Juli nur Nationalsozialisten als Laienrichter.

Berlin, 6. Juni. Wie das VDZ-Büro meldet, beginnt am 1. Juli die neue Wahlperiode für die Schöffen und Geschworenen in den preußischen Gerichten. Die maßgebenden Stellen haben alle Vorbereitungen für die Neuwahl der Laienrichter getroffen, doch bei Aufstellung der Listen über die in Frage kommenden Personen, die Neugestaltung eines staatlichen Lebens in Preußen ihren Ausdruck findet. Es werden also ab 1. Juli zum ersten Male in dem größten deutschen Lande Laienbeisitzer fungieren, mit deren Einsetzung die Regierung der nationalen Revolution einverstanden ist. Die Vertrauenspersonen, die unter Vorbehalt eines Amtsträgers einen Ausschuß zur „Auslösung“ der Laienbeisitzer bilden, werden von den Kreisausschüssen bestimmt. Da in allen Kreisausschüssen die Nationalsozialisten die Mehrheit bilden, ist eine entsprechende Auswahl aus den Laienbeisitzern gewährleistet. Das preußische Staatsministerium hat durch Geheiß verfügt, daß, soweit diese Vertrauenspersonen nicht bereits durch die Kreistage gewählt sind, diese Wahl nunmehr für die am 1. Juli 1933 beginnende neue Wahlperiode vor den Kreisausschüssen vorzunehmen ist.

Zusammenstöße und Verlegungen in Rüsselsheim.

WTB. Rüsselsheim, 6. Juni. Vor dem hiesigen Hotel Egger kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten undheimewohlen, die in eine Schlägerei ausarteten. Dabei trugen der Hochschüler Heinz Miller und der Hilfsarbeiter Hugo Greiderer erhebliche Verletzungen davon, während der nationalsozialistische Gemeinderat Eggert und der Direktor des Hotels Egger, Götsch, leicht verletzt wurden. Die mehr ich darüber nachdenke, um so mehr komme ich zu der Überzeugung, daß beide Nationen sich verständigen müssen.

Die französischen Staatsmänner kommen mit den Staatsmännern aller Länder zusammen, nur nicht mit den deutschen. Es gibt keine direkte Aussprache zwischen beiden Regierungen, deren Zusammenarbeit mehr als jede andere den Frieden und das Wohlergehen Europas sichern würde, und dies gerade in einem Augenblick, in dem Deutschland sich eine starke Regierung gegeben hat, die fähig ist, Verantwortung zu übernehmen, was die notwendige Bedingung für jede weibliche Politik ist.

Frankreich und Deutschland mögen miteinander verhandeln, dann werden sie, wie ich fest überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden. Vorläufig ist die Atmosphäre nicht gut. Gewiß, ich bemühe mich, sie zu verbessern. Man ändert keine traditionellen Ethischungen, wenn es von seiner Sicherheit spricht?

Heute, 14 Jahre nach dem Friedensschluß, stoßen wir, sobald wir den kleinen Finger rühren, um allmählich die Freiheit wiederzuerlangen, ohne die niemand

Kabinettsskize wegen des spanischen Kirchenkonflikts.

Madrid, 6. Juni. Angefischt der gespannten politischen Lage, die die Unterzeichnung des kirchenfeindlichen Gesetzes über die Konfessionen und Kongregationen herauftreibt, wird Ministerpräsident Azana wahrscheinlich dem Präsidenten der Republik, Alcalá Zamora, die Vertrauensfrage stellen. Es scheint außer Zweifel, daß sie bejahend beantwortet wird. Mehrere Umstände legen im Kabinett scheinen jedoch unvermeidlich.

Beim in Tätigkeit.

Zwei Meter breiter Lavastrom fließt zu Tal.

Mailand, 6. Juni. Der am Sonnabend begonnene Ausbruch des Vesuv hat unerhofft einen größeren Umfang angenommen. Der am Fuße des gegenwärtig in Tätigkeit befindlichen Ausbruchsfelsens ausgebrochene Lavastrom hat sich gegen Nordosten bis zum steilen Rand des großen Kraters ausgedehnt und fließt in verschiedenen Verzweigungen ins Valle dell' Inferno hinunter. Der Hauptstrom hat eine Breite von zwei Metern und rückt mit einer Geschwindigkeit von acht Metern in der Sekunde vor.

Professor Malladra, der Direktor des Vesuvobservatoriums, rechnet mit einer mehrjährigen Ausbruchsfähigkeit, die jedoch kaum bis zur Ebene vordehnen werde, wenn nicht eine unerwartete Stärkung des jetzigen Ausbruchs eintrete. Vorläufig bietet der Ausbruch besonders zur Nachteil von den Bewohner aus einen phantastischen Anblick für die Fremden.

Radfahrer verursacht Autobusunfall.

Nach der falschen Seite ausgewichen.

Am Pfingstmontag fuhr der Autobus DZ 3734 von Danzig nach Marienburg zu den dortigen Festspielen. Auf der Chaussee Brodack-Eichwalde kam dem Kraftwagen der Bäcker Johann W. aus Niedean zu Rad entgegen. Unstatt sich auf der rechten Chausseeseite zu halten, bog der Radfahrer plötzlich falsch nach links hinüber. Um den Mann nicht zu überfahren, mußte der Chauffeur den Autobus herumrollen und geriet hierbei mit der linken Seite gegen einen Chausseebaum und Prellstein. Durch die Wucht des Aufpralls wurde eine Scheibe zertrümmert und drei Personen verletzt. Der Autobus selbst konnte seine Fahrt fortsetzen. Den Führer trifft nach den bisherigen polizeilichen Erhebungen keine Schuld an dem Unfall.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß über seine Romreise

Wien, 6. Juni. Dienstag nachmittag ist Bundeskanzler Dr. Dollfuß auf der Rückreise von Rom in Wien eingetroffen. Bundesminister Wagner in bekräftigte den Bundeskanzler namens der Regierungsmitsglieder. Er gab der Freude der Bundesregierung und des österreichischen Volkes über den Abschluß des Konfords Ausdruck und begrüßte, daß darüber hinaus auch andere erfolgreiche Verhandlungen geführt werden könnten.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß dankte für die Begrüßung und führte n. a. auf: Der Hauptzweck der Reise nach Rom war diesmal der Abschluß des Konfords

und seine Wiederantritt darstellt.

Ministerpräsident Göring

Um die deutsch-französische Verständigung

Ein Interview des Ministerpräsidenten Göring.

Paris, 6. Juni (DWB). „Petit Journal“ veröffentlicht eine Unterredung, die der preußische Ministerpräsident Hermann Göring einem Sonderberichterstatter des Blattes gewährte. Die Unterredung drehte sich um das Problem der deutsch-französischen Beziehungen.

Ministerpräsident Göring sprach zunächst über das Abkommen. Niemand mehr in Deutschland glaubt noch an die Gleichberechtigung, die man Deutschland mit den Lippen gewährt habe. Aus vielen Gründen, so sagte der Ministerpräsident weiter,

könnten und wollen wir keinen Krieg führen. Wenn eines Tages der Verständigungskrieg notwendig

würde, würde das deutsche Volk ihn energisch werden, aber niemals einen Angriß starten. Ein europäischer Krieg würde leichter Endes nur dem Österreichismus zugute kommen. Was will Frankreich von uns? Frankreich besitzt die stärkste Armee, verhinderte, Garantieverträge. Deutschland mögen miteinander verhandeln, dann werden sie, wie ich fest überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden. Vorläufig ist die Atmosphäre nicht gut. Gewiß, ich bemühe mich, sie zu verbessern. Man ändert keine traditionellen Ethischungen, wenn es von seiner Sicherheit spricht?

Heute, 14 Jahre nach dem Friedensschluß, stoßen wir, sobald wir den kleinen Finger rühren, um allmählich die Freiheit wiederzuerlangen, ohne die niemand

fürchtet, die gemeinsamen Angelegenheiten des

betreffenden Wirtschaftszweiges zu regeln, die Praktiken der

Produktionspolitik, die Sozialpolitik, die Fragen der beruflichen Bildung und Erziehung. Alle mit ständischen,

sozialen und kulturellen Belangen zusammenhängende Angelegenheiten des

Staates zu regeln. Es ist eine langwierige

und schwierige Arbeit, die wir machen müssen.

Die Abrieglungsforderungen der Liga für den Völkerbund

fordert worden, daß Aufdeckungen (sies: Denunziationen) von Übertretungen des abzuschließenden Vertrages straffrei ausgehen sollten. Den in der Kommission gemachten Ausführungen des deutschen Vertreters gelang es, den ganzen Kongress auf die Ablehnung dieses unerträglichen Vorschlags der Abordnung des Landesrates zu einigen. Im Plenum legte auch der Berichterstatter in objektiver Weise dar, daß dieser Denunziationsgedanke abzulehnen sei.

Von deutscher Seite wurde geltend gemacht, daß von einer Gleichberechtigung zwischen Deutschland und Frankreich solange nicht die Rede sein könne, bis nicht auch Frankreich vor aller Öffentlichkeit wirkliche Waffenzerstörung in großem Umfang durchgeführt habe.

Der als Berichterstatter fungierende belgische Jurist Harry Nolin trug die in der Kommission dargelegte Auffassung der deutschen Delegation vor, daß die Gleichberechtigung in sich schließe, daß während der Übergangsperiode, in der die anderen Staaten trotz der von ihnen geordneten vollständigen Abwicklung der Flugwaffen noch Militärluftfahrtzeuge gewähren, Deutschland selbst u. a. Flugzeugabnahmen ermöglichen könne.

Hinsichtlich des Umfangs der Kontrolle war ursprünglich von französischer Seite entsprechend den von Frankreich in Genf gemachten Vorschlägen ge-

Rohstoffpreise und Produktionskontrolle vor dem Forum der Weltwirtschaftskonferenz

Einer der Hauptdiskussionsgegenstände der Londoner Wirtschaftskonferenz wird neben den Währungs- und Zollfragen das Thema der künftigen Preisgestaltung auf den Weltmärkten bilden. Die Forderung einer allgemeinen Preissteigerung als unumgängliche Korrektur einer unhalbaren Schuldenlage ist bei jeder Gelegenheit mit großer Eindringlichkeit gestellt worden. Der Konferenz wird auf der einen Seite die Aufgabe dadurch erleichtert, daß auf wichtigen Gebieten ansehnliche Preiserhöhungen sich bereits durchsetzen konnten, auf der anderen aber sind die Begleiterscheinungen der jüngsten Preisentwicklung so vielfältig geworden, daß die ursprüngliche allgemeine Zielsetzung sich wohl kaum mehr aufrecht erhalten läßt. Schon werden, wie die Berliner Handels-Gesellschaft in ihrem Wochenbericht meint, Überlegungen angestellt,

ob nicht Einfuhrzölle der Preisbesserung zu neuen Unzuträglichkeiten führen können.

Im großen und ganzen hat aber der Preisanstieg, der sich nunmehr auch langsam auf die bei der alten Währungsparität verbliebenen Länder durchzusetzen beginnt, insofern noch keine nachvollgbaren Formen angenommen, als er hauptsächlich Waren beschaffte, die durch die Krise besonders stark unter den früheren Stand geworfen wurden.

Mit einer Erhöhung der Preise, um ein bestimmtes Ausmaß, wie sie mit einer besond. primitiven Verallgemeinerung als wünschenswert bezeichnet wurde, ist natürlich für die Weltwirtschaft wenig erreicht;

enn diese, wie auch die Einzelwirtschaften, kranken ja gerade daran, daß die Preisbeziehungen im Verlauf der Krise völlig uneinandergerissen wurden. Ein Gütertausch kann aber nur dann bestmöglich funktionieren, wenn die Gleichgewichtslage — die durchaus nicht in allen Einzelheiten mit dem früheren Bild übereinstimmen braucht — erreicht ist.

Die bisherige Preisbesserung stellt sich als das Ergebnis des Zusammenwirks mehrerer Faktoren dar.

Der Hinweis auf die inflationistischen Absichten in den U.S.A. erhöht diese Frage keineswegs. Vielmehr erweisen sich jetzt die geräumten Lager als wertvolle Stützpunkte der zweiten Hand. Die zunehmend noch stärker erschöpften Vorräte an Halbfabrikaten wirken naturgemäß noch auf die verschiedenen Verarbeitungsschichten und damit auch auf den Rohstoff zurück. So ist z. B. Rohkaufschut in den U.S.A. noch in ausreichender Menge vorhanden, aber die Fertigware wird knapp und dieser Zustand zwingt zu einer raschen Bindung des Rohstoffes an Stellen, wo er das staatliche Bild nicht mehr zu überwinden vermag. Das gleiche gilt für andere Materialien. Das Institut für Konjunkturforschung glaubt eine deutliche Entwicklung der Warenmärkte bereits vor Beginn des amerikanischen Experiments feststellen zu können.

So vereinigt sich die natürliche Tendenz einer Vorratsentlastung mit dem Streben nach einem vollständig durchaus begrüßenswerten Ausbau der Lager bei den verarbeitenden Stufen zu einer doppelten Hebelwirkung.

Der dritte Faktor liegt in den Bemühungen, einen Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch herzustellen. Er darf Abhängigkeit der weiteren Preisentwicklung nicht unterschätzen. Die freundlichere Gesamtstimmung auf den Märkten ist denjenigen Stellen, die sich schon lange mit der Kontrolle einzelner Produktionszweige befassen, nicht davon abhalten, ihre Erstrebungen fortzusetzen. Die vielen Einzelaktionen sind lanciert worden durch den im Großen geplanten Versuch der S. A.

die gesamte Industrie unter eine Produktionskontrolle zu bringen.

Denfalls sind die planwirtschaftlichen Bestrebungen nicht dazu getan, die den kleinen Plänen zugrundeliegenden Argumente entkräften. Wenn, wie es in dem internationalen System

Polen und Sowjetrußland.

Im Verein der Handelsvertreter in Warschau stand eine Sitzung statt, an der der Leiter der Handelsvertretung der sowjetrepubl. Abel, und dessen Stellvertreter, Blumberg, sowie die Direktoren des „Sowpoltorg“ Roszyn und Brodzki Inhaber waren. Hierbei gab Direktor Abel vom Sowpoltorg in einer längeren Aussprache einen Überblick über die Organisation des sowjetrussischen Außenhandels und die Tätigkeit der Handelsvertretung der U.S.S.R. sowie des Sowpoltorgs.

Der zweite „Sowpoltorg“-Direktor Roszyn sprach über Möglichkeiten, die zurzeit Sowjetrußland hinsichtlich des portes bietet.

Während der Aussprache wurden Konzeptionen über die Erleichterung der polisch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen durch Herabsetzung der weiteren Preisentwicklung nicht unterschätzt. Die freundlichere Gesamtstimmung auf den Märkten ist denjenigen Stellen, die sich schon lange mit der Kontrolle einzelner Produktionszweige befassen, nicht davon abhalten, ihre Erstrebungen fortzusetzen. Die vielen Einzelaktionen sind lanciert worden durch den im Großen geplanten Versuch der S. A.

Die bedeutende Rolle, die Gdingen als Vermittler im Warenverkehr zwischen Polen und den baltischen Staaten einnahm, erhellt die Tatsache, daß im Jahre 1931 nicht weniger als 48 Prozent des polnischen Außenhandels mit diesen Staaten ihren Weg über Gdingen genommen haben; hierbei waren es insgesamt 85 Prozent bei Estland, 55 Prozent bei Finnland und 33 Prozent bei Lettland. Andererseits stellte der Warenverkehr mit den baltischen Staaten 11,9 Prozent des gesamten Hafenumschlages in Gdingen im Jahre 1931 dar. — Im Jahre 1932 war allerdings ein gewisser Rückgang der polisch-baltischen Handelsbeziehungen zu verzeichnen (der Anteil dieses Warenverkehrs am Gdinger Gesamtumschlag fiel auf 7,8 Prozent), doch dürfte dies einen konjunkturmäßig vorübergehenden Charakter tragen, zumal auch der Transit der baltischen Staaten über Gdingen im Zwischen begriffen ist.

Der Anteil der baltischen Staaten am Gesamtumschlag des Gdinger Hafens stellt sich wie folgt dar:

	1931	1930		
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Finnland	633 106,6	3 101,5	552 515,8	4 749,0
Estland	81 163,9	2 276,1	47 414,3	5 450,6
Lettland	549 941,7	4 162,0	810 236,8	7 733,2
Litauen	173 305,3	1 704,3	155 364,7	1 566,0
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	(in Millionen Zloty)			
Finnland	22 733	966	39 620	1 545
Estland	6 328	1 602	11 719	3 024
Lettland	30 506	3 166	67 327	6 476
Litauen	6 184	226	7 547	298

Eine dominierende Rolle in diesem Warenverkehr nimmt die Kohlenausfuhr ein, die sich wie folgt darstellt:

	1932	1931		
	(in Tonnen)			
	über Gdingen			
Finnland	289 813,3	6 889,3	351 198,9	2 525,6
Estland	16 953,8	2 512,4	70 003,7	1 611,8
Lettland	85 554,9	—	183 243,7	250,8
Litauen	8 066,8	355,1	21 368	—
	400 388,8	9 756,8	625 814,3	4 388,2

Von den anderen Waren, die in größerem Umfang über Gdingen nach den baltischen Ländern verbracht wurden, sind zu nennen: Zucker, Reis, Reismehl, Delfuchen, Holzbohlen, Roggen, Zinneweih, Kunstdünger, Gussfelsen, Zement, Knochen, Salz, Soda, Benzin; einen großen Teil des Warenverkehrs bilden ferner wertvolle Stückgüter, die auch in der Einfuhr nach Polen eine erhebliche Rolle spielen. Ferner importiert

die Zinnkontrolle der Fall zu sein scheint, eine Erleichterung erst mit der endgültigen Abschaffung der Vorräte vorgenommen werden soll, so ist leicht denbar, daß sich der Zinnpreis, der heute schon eine Übersteigerung zeigt, mindestens vorübergehend noch stark von den natürlichen Preissteigerungen freimacht. Es ist bezeichnend, daß sich die Zinnproduzenten auf den Standpunkt stellen, die bisherige Preiserhöhung müsse den Erzeugern eine Entschädigung für die vorausgegangene Produktionsveränderung bieten!

Am Bleimarkt wurden soeben Verhandlungen der Produzenten des U.S.A., Kanadas und Mexikos aufgenommen, um ebenfalls durch eine internationale Abmachung zu einer Einschränkung der Erzeugung zu gelangen. Diese Nachricht hat bewirkt, daß trotz der erneut verschlechterten amerikanischen Vorratsstabilität die Bleimarkt der allgemeinen Bewegung anschließt.

Ein entscheidender Schritt zu einer wirksamen Kaufschuldkontrolle wird aus den zurzeit in Amsterdam stattfindenden Verhandlungen erwartet. Die Experten sind der Meinung, daß nur durch weitreichende Restriktionen der Markt vor völliger Zerrüttung bewahrt werden kann. Der Kaufschulde bildet ein Schulbeispiel für die Schwierigkeiten einer Produktionskontrolle. Hier kann ein steigender Preis allein schon deshalb kaum zu einem Ausweg führen, weil bei der Struktur der Produktion — plannähmige Erzeugung steht in schärfstem Wettbewerb mit der Eingeorenenproduktion — auch die leichteste Erhöhung sofort zum Einsatz der großen Produktionsreserven führen muß. Daher will man eine zeitlich unbegrenzte Verminderung der Erzeugung erreichen. Die Entscheidung liegt bei der holländischen

Hiermit wird nur die eine Seite des Verteilungsproblems berührt.

Für den Erfolg ist es von Wichtigkeit, wie sich der Konsum zu einer künstlichen Preisgestaltung stellt.

Auch für die betriebswirtschaftliche Kostenabschätzung innerhalb einer kontrollierten Branche ergibt sich eine völlig neue Betrachtungswiese. Mag in Einzelfällen der Nutzen sehr groß sein, so müssen sich die Schwierigkeiten bei einer allgemeinen Durchführung des Kontrollgrundfanges doch in einer kaum überbhbaren Weise summieren. Auf alle Fälle gilt es einen vorläufigen Ausgleich zwischen den Interessen von Produktion und Konsum zu finden.

Gdingen als Vermittler im Warenverkehr zwischen Polen und den baltischen Staaten

Eine Entwicklung, die für Danzig zu denken gibt.

Über die Beziehungen Gdingens zu den baltischen Häfen äußert sich das Organ der Gdingener Handelskammer, indem es zugleich auf die dank dem eigenen Hafen erlangte Selbständigkeit des polnischen Außenhandels im Verkehr mit den baltischen Staaten hinweist. Es ist bezeichnend, daß die staatliche Schiffahrtslinie „Zegluga Polfa“ als erste reguläre Verbindung den Verkehr über Danzig und Gdingen mit Riga, Tallinn und Helsingfors ins Leben gerufen hatte.

Der polnische Handelsverkehr mit den baltischen Staaten hat sich auch in überaus befriedigender Weise entwickelt und läuft weiterhin einen lebhaften Charakter aufzuweisen,

zumal polnischerseits das Bestreben besteht, die Handelsbeziehungen mit den baltischen Staaten — angesichts der unentwegt aktiven Handelsbilanz für Polen — weiterhin zu fördern. Die bisherige Entwicklung ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Die Handelsbeziehungen Polens mit den baltischen Staaten (in Tonnen)

	1931	1930		
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Finnland	22 733	966	39 620	1 545
Estland	6 328	1 602	11 719	3 024
Lettland	30 506	3 166	67 327	6 476
Litauen	6 184	226	7 547	298

Polen in größeren Mengen: Papier und Papiererzeugnisse, Pappe, Zellulose und Schrot.

Der Transitverkehr der baltischen Länder über Gdingen ist ebenfalls im Ausbau begriffen.

Es handelt sich hierbei um den Warenaustausch zwischen den baltischen Ländern und der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und entlegenen Überseehäfen, mit denen Gdingen regelmäßige Schiffahrtslinien unterhält. Während zu Beginn des seewärtigen Warenverkehrs zwischen Polen und den baltischen Staaten die „Zegluga Polfa“ einen vierwöchigen Schiffahrtsverkehr unterhielt, besteht seit Mai 1931 eine allwochentliche Verbindung.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Auszahlung New York: 4,28—4,33; Auszahlung Berlin: 119,00—120,00; Reichsmarknoten: 116,— bis 117,50.

Danziger Devisen

	6. 6.	2. 6.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	17,26	17,30
Auszahl. Lond. 1 Pfld. St.	57,48	57,58
„ Warschau 100 Zloty	57,41	57,53
„ New York 1 Dollar	—	—
„ Berlin 100 RM.	—	—
„ Paris 100 fr. Frank.	20,14½	20,18½
„ Helsingfors 100 fm.	—	—
„ Kopenhagen 100 Kr.	—	—
„ Oslo 100 norw. Kr.	—	—
„ Amsterdam 100 hfl.	—	—
„ Zürich 100 Franken	99,02	99,22
„ Brüssel/Antwerpen	—	—
„ 100 Belga	—	—
„ Wien 100 Schilling	—	—
„ Prag 100 Kr.	—	—

Noten:

Poln. Noten 100 Zloty 57,46 57,58 57,41 57,53

Dollar-Noten I von 5—100 1 Dollar — — — —

Reichsmark (100 RM.) — — — —

In Danziger Gulden notiert

6. 6. 33 2. 6. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:

a) ohne Zinsberechnung:

7½% Danziger Stadtanleihe von 1925. — B ²) — B ²)

6½% Danziger Staats- (Tabakmonopol)-Anleihe von 1927. 41 bez. ²) — ²) — ¹)

Aufsehenerregende Rede des bayerischen Innenministers Wagner

Kampfansage auch der katholischen Sportbewegung.

In vier aufeinanderfolgenden Tagen stand im Zirkus Krone für die einzelnen Bezirke der NSDAP ein Generalappell der Mitglieder statt, wobei der stellvertretende Gauleiter Nippold darauf hinwies, daß nach einer eingehenden Prüfung ein großer Teil als ungeeignet befundene neuen Mitglieder der NSDAP wieder ausgeschieden werde. Feste seien nun genau gefeiert worden; nunmehr gelte es mit allen Kräften an den Wiederaufbau von Volk und Vaterland heranzugehen. Viel habe die nationale Regierung schon erreicht, aber es bleibe noch viel zu tun übrig. Es gebe nicht an, daß körperlich gesunde Parteidienstler sich in der Zivilorganisation herumdrücken. Der Befehl laute: jeder wehrfähige Mann gehöre in die SA. Die Partei müsse den natürlichen Unterbau der Regierung bilden.

Staatsminister Wagner betonte nach dem Bericht des "Bayerischen Kuriers", daß der Wille des Staates seine natürliche Ergänzung im Willen der Bewegung finden müsse. Genau so erläuterte wie bis jetzt werden wir im Besitz der Macht den Kampf weiterführen für die Neugestaltung des Staates. Zuordnungsleistungen werden wir dabei abschütteln, darüber aber sind wir für jeden Kämpfer, der uns bei der Überwindung unserer Volksnot bestrebt. Wir brauchen auf welche Sicht geben das ganze deutsche Volk, der Staat Adolf Hitler ist die nationalsozialistische Bewegung. Das staatspolitische Interesse erfordert vor allem, daß unser Volk nie wieder zerissen wird in Parteien.

Diese haben keine Existenzbewegung mehr und deshalb werden wir auch jede Lebensanreicherung einer Partei unterbinden, möge sie heißen wie sie wolle. Die nationalsozia-

listische Bewegung ist die gottesfürchtigste, die es gibt, und wir werden nicht dulden, daß unter irgendeinem konfessionellen Decknamen gegen die Partei gearbeitet wird. Auch die Jugendorganisationen, die heute versuchen, auf die Strafe zu geben, sind heute völlig überflüssig.

Ich selbst, so betonte der Minister, wußte nichts von der Existenz einer sogenannten "Deutschen Jugendkraft" und so vieler anderer Jugendbewegungen. Nunmehr auf einmal schießen sie aus der Erde und glauben das Recht zu besitzen, auf der Straße für sich zu propagieren. An sich wären wir um Bundesgenossen dankbar gewesen zu einer Zeit, wo wir das verfolgte Wild auf politischem Gebiete waren, heute brauchen wir eine solche neuaußgeschossene Bundesbrüderlichkeit überhaupt nicht mehr.

Aus diesen Erwägungen heraus vertrete ich die Anschauung, daß in einem nationalsozialistischen Staat nur der Staat die Jugend betreuen darf;

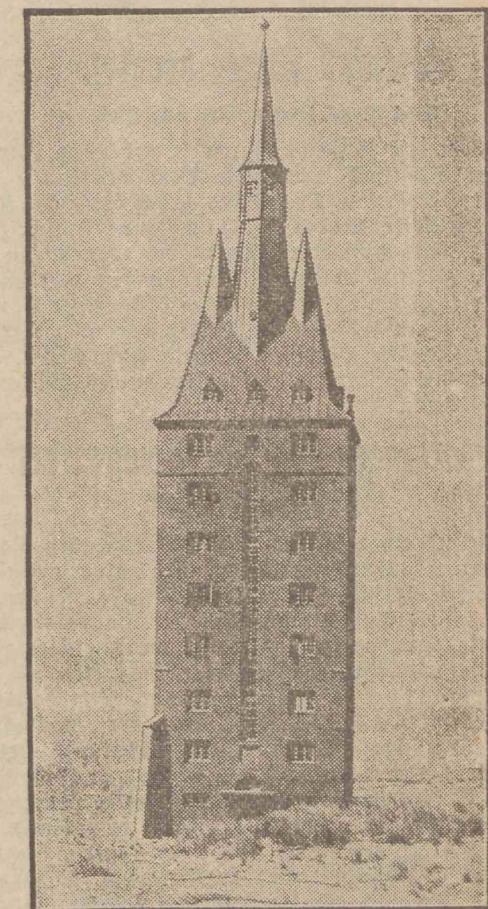
henn wenn sie schon durch die Zersplitterung in eine Anzahl von Verbänden auseinandergerissen wird, kann man nicht hoffen, daß aus ihr eine einzige Nation erwachsen kann.

Klar muss aber jedem sein, daß das mannhaftste Aufstreben des Führers uns im Ausland ein Aufsehen verhaftet hat, wie niemals vorher. Um uns liegt es nun, diese Position weiter auszubauen und dazu brauchen wir jeden Mann, der Soldat für uns sein will. Auf die politische Revolution muß sehr bald die wirtschaftliche folgen, denn das liberalistisch-kapitalistische Denken steht noch in sehr vielen Köpfen, darum kann die

Lösung nur heißen: Hinein in den mittelständischen Kampfbund. Der Führer hat meine Handlungen bis jetzt restlos gedacht und gelobt. Möge das Volk, so schloß der Minister seine stürmisch bedankten Ausführungen, mich in meinem Kampf unterstützen, dann wird Bayern an der Spitze der Revolution marschieren wie bisher.

*

Es wäre zu dieser Rede manches zu sagen, doch wir unterlassen es, der aufgeschlossene Leser mag sich selbst sein Urteil bilden. Eins aber müssen wir sagen: Diese Rede, von der wir schon gestern einige Sätze gebracht haben anlässlich des Verbots des ersten deutschen katholischen Gesellenlagers, beweist auch, daß Bayerns Innenminister verschlossen ist, auch gegen die katholische Sportbewegung, die Deutsche Jugendkraft, vorzugehen. Wir stellen fest, daß der Minister selbst erklärt, daß er bisher von der "Deutschen Jugendkraft" nichts gewußt hat und ancheinend auch heute noch recht wenig von ihr weiß, ja, daß er es nicht einmal für nötig gefunden hat, sich vor seiner Rede über sie zu unterrichten. Denn die "Deutsche Jugendkraft" ist die katholische Sportbewegung, die weit über eine halbe Million Mitglieder zählt, die schon häufig zu großen Reichstagungen zusammengetreten ist, die auch nicht nur einmal aus der Erde geschossen ist", sondern die seit dem Jahre 1920, als vom Nationalsozialismus noch nichts vorhanden war, schon in ihrer heutigen Organisation besteht und die in den vergessenen 14 Jahren Hervorragendes geleistet hat in der sportlichen Betätigung, die den Sport gepflegt hat im Geiste des Katholizismus und während Deutschtums. Wir bedauern feststellen zu müssen, daß der bayerische Innenminister in seiner Rede auch der katholischen Sportbewegung den Kampf angelegt hat und damit der Dauerkritik in der katholischen Sinne. Auch diese Rede beweist wieder, daß der Nationalsozialismus hinsteuert auf die Staatsallianz, was zu schweren Konflikten führen muß. Wir warnen!



Wangerooge hat ein neues Wahrzeichen.

Die Nordseeinsel Wangerooge hat ein neues Wahrzeichen, diesen 56 Meter hohen Turm, bekommen, der jetzt zu Pfingsten eingeweiht wurde. In dem Gebäude soll eine Jugendherberge sowie ein Heimatmuseum eingerichtet werden.

Verbot des sächsischen Zentrumsorgans.

Dresden, 1. Juni. Nach Mitteilung des Pressedienstes des Dresdener Polizeiviertels ist die in Dresden erscheinende "Sächsische Volkszeitung" wegen eines sich mit den Maßnahmen der Reichsregierung gegenüber Deutschland beschäftigenden Artikels in der Nummer vom 31. Mai auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 auf 14 Tage verboten worden.

Das katholische Irland.

Dublin. Nach neuerlichen statistischen Erhebungen zählt Südirland unter einer Gesamtbevölkerung von 2 971 992 Seelen 2 751 269 Katholiken, d. h. mehr als neun Zehntel der Bevölkerung von Südirland sind katholisch. Im Nordirland hingegen überwiegt das protestantische Glaubensbekenntnis. Es zählt unter 1 256 561 Einwohnern nur 420 428 Katholiken, also ungefähr ein Drittel. Gesamtirland mit einer Einwohnerzahl von 4 228 553 zählt 3 171 197 Katholiken. Es entfallen somit im Durchschnitt in Gesamtirland 7,5 Katholiken auf einen Protestant.

Schwere Zusammenstöße im Fürstentum Alwar.

Sindia, 5. Juni. Im Fürstentum Alwar ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen Hindus und Moslems verschiedener Religionen gekommen. In dem Dorf Salavur wurden vier Personen getötet und 12 verwundet. Obwohl Alwar über eigenes Militär verfügt, hat sich die britische Zentralverwaltung veranlaßt gelesen, anglo-indische Truppen in das Fürstentum zu entsenden. Der Maharadscha von Alwar hat, wie erinnerlich, vor kurzer Zeit das Land verlassen, um sich nach England zu begeben. Gegen seine Verwaltung sind schwere Vorwürfe erhoben worden.

Ermäßigung der Aufbringungsumlage.

Berlin. Wie das BdZ-Büro meldet, hat die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, wonach die Höhe der Aufbringungsumlagen für die Rechnungsjahre 1933 bis 1936 auf je 100 Millionen Mark festgesetzt wird. Der Betrag von 80 Millionen, um den sich der Gesamtbetrag der Aufbringungsumlagen 1933 bis 1936 somit ermäßigt, wird durch eine Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1937 dann nachgehoben, wenn sich ergibt, daß die der Bank für deutsche Industrieobligationen zugemachten Finanzierungsaufgaben die Rächerhebung dieses Betrages erforderlich machen. Der Umlagezäh der Aufbringungsumlage für 1933 wird auf 4 vom Tausend des aufbringungspflichtigen Betriebsvermögens festgesetzt. Für die späteren Jahre bestimmt der Finanzminister den Umlagezäh. Von den 100 Mill. Mark, die der Industriebank aus den Aufbringungsumlagen in jedem der nächsten Jahre zu zahlen, werden je 80 Mill. Mark für die Zwecke der landwirtschaftlichen Entwicklung im Ostseebereich und je 20 Mill. Mark für Kredite an gewerbliche Betriebe, insbesondere kleinere und mittlere, zur Verfügung gestellt.

Infernalischer Haß gegen das Zentrum

Bekenntnisse einer "schönen Seele".

Allen unseren Lesern ist noch die große, kluge und wohl abgewogene Rede in Erinnerung, die Senator Prälat Sawatzki um die Mitte des vorigen Monats anlässlich der ersten großen Wahlkundgebung des Zentrums in der Sporthalle gehalten hat. Von gewisser Seite — insbesondere in gewissen Versammlungen — ist Prälat Sawatzki darum von gewissen Rednern in geradezu übler und gehässiger Weise persönlich angerempelt worden. Obwohl uns diese Kraftausdrücke bekannt waren, haben wir uns mit ihnen nicht näher beschäftigt, weil die Person des Prälaten Sawatzki, sein politisches Wissen, seine politische Erfahrung und auch seine Leistungen für unseren Freistaat zu hoch stehen, als daß sie durch derartige Dreckspritzer getroffen werden könnten.

Wir müssen uns heute aber mit aller Entschiedenheit wenden gegen das früher deutsch-nationale, heute anscheinend vollständig

schärfsten gegen ihre eigene Überzeugung schreiben oder an Unbehrbarkeit franken, so daß für sie eine eingehende Richtigstellung doch keinen Zweck hätte.

Schon die grüne Ueberschrift in Blockdruck über das ganze Blatt ist eine große Unwuchtheit. Sie lautet: "Dresdner Zentrum beschimpft Deutschland". Unsere Leser, die Herrn Prälaten Sawatzki kennen, die seine Rede gehört oder gelesen haben wissen, daß diese Ueberschrift eine einzige große Lüge ist. Weder dem Zentrum noch Prälat Sawatzki ist es jemals eingefallen, Deutschland zu beschimpfen. Es ist aber kennzeichnend für diese Geister, die die früheren Regierungen und die früher regierenden Männer Deutschlands und der deutschen Länder nicht oft genug beschimpfen und in den Staub ziehen konnten, denen früher kein Wort der Kritik scharf genug

beiterpartei und ihre Kämpfer — ich finde keinen anderen Ausdruck — ausgegeben hat."

Nachdem Herr Holz dann die Rede Prälat Sawatzkis, die er in der Ueberleitung abermals als "Verleumdung" Deutschlands abgedruckt hat, schließt er: (Die nun folgenden Hervorhebungen stammen von uns. D. Schriftlg.)

"So sieht das wahre Gesicht des Zentrums aus: eine bald von teuflischer Wut verzerrte, bald schelmisch lächerlich internationale Fraude. Männer und Frauen des deutschen Volkes: wendet den entlaubten Freunden und Begnossen der atheistischen und bolschewistischen Sozialdemokratie den Rücken! Zerschlagt den Zentrumsturm!"

Deutschland wird erst dann sich seiner Freiheit und seines Aufstiegs erfreuen dürfen, wenn auch die schwarze Internationale den Burenfreunden von der roten Internationale in den Orten gefolgt ist!"

So sieht dieser wahrhaft teuflische Haßezug. Er liegt jedem, der sehen und hören will, genug. Wir unsererseits können diesen Herrschaften nur dankbar sein für ihre Offenheit, wir müssen aber angesichts solch unerbittlicher Beschimpfungen und Verleumdungen aber auch sagen: Pfui Teufel! über soviel Gemeinheit!

76 deutsche Briefmarken noch im Verkehr.

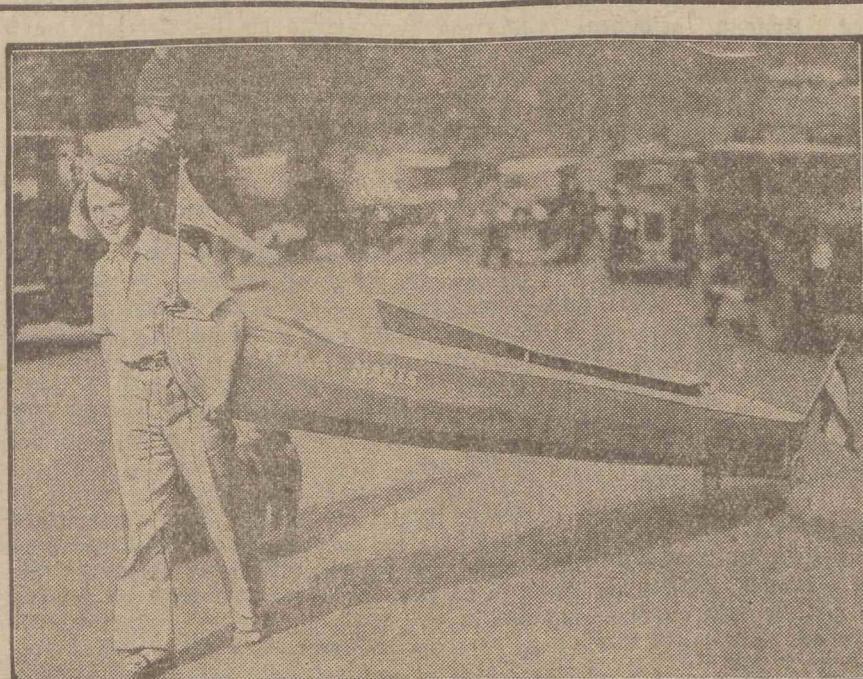
Wie das Reichspostministerium bekannt gibt, verlieren die deutschen Postwertzeichen der Jahre 1926/27 von drei Pfennig bis achtzig Pfennig mit dem 31. Juli ihre Gültigkeit. Damit wird jedo Markenreihe aus dem Verkehr gezogen, die, zum erstenmal in der Geschichte der Reichspost, die Köpfe großer Deutscher wie Goethe, Schiller, Friedrich den Großen, Kant, Beethoven, Lessing, Leibniz, Bach und Dürer zeigte. Die Zehnpfennig-Marke mit dem Kopf des Preußenkönigs hatte lange Zeit Anlaß zu politischen Auseinandersetzungen gegeben. Im Markenausstellungszaal des Reichspostmuseums in Berlin werden in einem besonderen Schaustollen die jeweils im Verkehr befindlichen Marken der Reichspost gezeigt; dies sind heute noch 76 verschiedene Postwertzeichen einschließlich der genannten Serie. Die hohe Zahl der noch im Umlauf befindlichen Marken erklärt sich nicht zuletzt aus den verschiedenen Portozuschüssen und -entgelten der letzten Jahre und den damit verbundenen Farbenänderungen bei einzelnen Werten.

Sonderbare Gewohnheiten von Insekten.

Ob ein Obstbaum viele Früchte ausbildet, hängt zum großen Teil vom Insektenbesuch während der Blütezeit ab. Deshalb muß der Obstzüchter schon bei der Anlage seines Gartens die Gewohnheiten der Insekten berücksichtigen. Jahr lang durchgeführte Beobachtungen des Dorforschers Dr. Wilson über die Blütenbestäubung durch Insekten haben nämlich gezeigt, daß besonders die "widder" Insektenarten ihre besonderen Laufen haben. Namensgebend die Hummeln sind so eigen, daß sie die Johannisbeeren ganz übergehen, wenn Kirschblüten in der Nähe stehen. Zahlreiche Insekten besiegen nur die Bäume, die an den Gartenrändern entlang oder in den Ecken stehen. Jedermann kann man sich auf die Bestäubung durch Bienen am sichersten verlassen.

Rottleuchtendes Thermometer.

Die Schwierigkeit der Ableseung des Thermometersstandes hat schon zu verschiedenen Verbesserungsversuchen geführt, die aber immer wieder daran scheiterten, daß die kleinen Kapillarröhren, in denen das Quecksilber hochgefriehen wird, ja außerordentlich dünn sein müssen. Besonders gilt dies von den Fieberthermometern, in denen der Quecksilberfad nicht zurückfallen darf, so daß er aus dem unteren kleinen Behälter in eine haarscharfe Röhre gepreßt werden muß. Neuerdings hat man nun ein Verfahren gefunden, das durch ein winziges Spiegel-System das Quecksilber rot erscheinen läßt.



Mit dem Gaffboot rund um England.

Diese junge Deutsche, Friedel Meyer, ist von London zu einer Gaffbootfahrt rund um England und Irland gestartet. Sie will mit dieser Fahrt einen neuen Weltrekord im Langstreckenfahren aufstellen.

Danzig gehört ja wohl trotz willkürlicher Grenzziehung zum Deutschen Reich. Und die Danziger Zentrumspartei ist ja wohl Fleisch und Blut von der Deutschen Zentrumspartei. Darum mögen die, die es noch immer nicht glauben, daß das Zentrum der Todfeind der deutschen Erhebung und ihrer Kämpfer ist, einmal das lesen, was der Führer des Danziger Zentrums, Prälat Sawatzki, vor wenigen Tagen gegen die Nationalsozialistische Deutsche Ar-

Danziger Nachrichten

Streitfall Rüben beendet.

Der hohe Kommissar entschied.

In dem seit langen Jahren schwelenden Danziger Streitfall über die Besitzverhältnisse des Rittergutes Koschau, Kreis Pusch, hat der Hohe Kommissar des Völkerbundes Rosting eine Entscheidung gefällt, die als zufriedenstellend von der davon betroffenen Familie Rüben angesehen worden ist. Damit erledigt sich zu Gunsten eines Danziger Staatsangehörigen ein jahrelanger Streit, der nicht nur die beiden freitenden Parteien Danzig und Polen, sondern auch die Instanzen des Völkerbundes wiederholst beschäftigt hatte.

Erwartungen und Forderungen der Handelsvertreter.

Aufgrund einer seitens des 1. Vorsitzenden Namins einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Vereins Danziger Handelsvertreter e. V., die am 1. Juni im großen Sitzungssaal der Handelskammer zu Danzig, Hundeckstrasse, stattfand, wurde seitens der Hälfte anwesender Mitglieder des Vereins die Gleichstellung dieses Danziger Wirtschaftsverbandes entsprechend den Richtlinien des Zentralverbandes Deutscher Handelsvertretervereine, Berlin, durchgeführt. Unter dem sich aus 24 Herren zusammensetzenen Gesamtvorstand befinden sich zehn Herren, die der NSDAP, drei Herren, die dem Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes und zwei Herren, die dem Stahlhelm angehören. Der bisherige 1. Vorsitzende Edward Ramann, der die Führung des Vereins seit zehn Jahren inne hat, wurde auch während dieses Wahlates, mit Ausnahme einer Stimme, seitens der gesamten organisierten Danziger Handelsvertreter wieder zum 1. Präsidenten gewählt und bei dieser Gelegenheit seitens des den Vorsitz vorübergehend führenden Mitgliedes geehrt. Nach dem vollzogenen Wahlakt wurde eine Entschließung bekanntgegeben, in der es u. a. heißt:

Der Verein Danziger Handelsvertreter e. V. erwartet von der kommenden Regierung, daß der Mittelstand, zu dem auch der Handelsvertreter gehört, zu fördern ist, in besonderem Maße Schuh und Förderung erfährt, daß die Privatinitalie mehr als bisher gefördert wird, daß das Eigentum geschützt und die Ablehnung jedes Währungsperiments festgehalten wird für künftige Wirtschaftspolitik auch bei uns in Danzig sein werden. Der Verein Danziger Handelsvertreter e. V. erwartet von der neuen Regierung ferner, daß die Hauptkampfziele auch der Danziger Handelsvertreter, wie Bevorrechtigung der Provisionen- und Auslagen-Forderungen des Handelsvertreters beim Konkurrenz des verfehlten Hauses, grundsätzliche Freistellung von der Gewerbesteuer für die Handelsvertreter gemäß §§ 88/92 HGB; zum Gefecht erhoben und weiter dahin gearbeitet wird, daß die mit dem Handelsvertreter vereinbarten Provisionssätze den wesentlich erhöhten Anforderungen, denen der Handelsvertreter unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ausgesetzt ist, Rechnung getragen wird, Spesenzuschüsse seitens der vertretenen Häuser gewährt werden, die den wesentlich erhöhten Speisen intensiver Kundenbearbeitung entsprechen und daß der Absatz im Interesse des Wirtschaftsganzen in Zukunft und in allen Fällen über den Handelsvertreter geht.

Bootsunglück bei Westl. Neufähr.

Von den drei Insassen einer extrunkt.

Ein trauriger Unglücksfall hat sich Sonnabend früh um 7½ Uhr bei Westl. Neufähr ereignet. Dort ist am Weichselufer ungefähr 100 Meter von der Mündung entfernt, ein Fischerboot mit drei Mann Besatzung gekentert. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß bei der herrschenden starken Brandung die Steine im Fischerboot, die zur Belastung des Fahrzeugs dienten, auf eine Seite gerollt wurden. Dadurch schwang die Brandung ins Boot, und es sackte in kürzester Zeit ab.

Die Insassen, die auf die See zum Fischfang fahren wollten, waren drei Fischer aus Schneckenburg. Von ihnen ist einer extrunkt, und zwar der Anfang der 20 Jahre stehende Erich Nau, der jung verheiratet ist und in Kürze Vater werden sollte. Die beiden anderen, ein Bruder und ein Sohn des Erntefesten, konnten von einem anderen Fischfutter gerettet werden, der sich in der Nähe der Unglücksstätte befand.

Die Verlegung von zwei Danziger Großunternehmen nach Gdingen

wird uns gerüchtweise gemeldet. Es handelt sich um zwei Unternehmen, deren Arbeiterzahl mehrere Hundert beträgt. Der Grund für die Verlegung soll in der Entwicklung der politischen Lage in Danzig liegen. Von polnischer Seite werden augenblicklich besondere Maßnahmen in die Wege geleitet, um den Zustrom ausländischer Firmen zu fördern und zu privilegieren; offenbar rechnet man in erster Linie auch auf die Abwanderung solcher Danziger Firmen, die hauptsächlich auf den polnischen Absatzmarkt eingestellt sind.

Vier Jungs wurden naß.

Mit einem Ruderboot gesunken.

Montag nachmittag unternahmen vier Jungs mit einem geliehenen Ruderboot auf der Motława eine „kühlne Seefahrt“. Anscheinend machte ihnen die ruhige Fahrt wenig Spaß, denn sie fingen schließlich an mit den Füßen zu schwatzen. Dabei hatten sie aber mit einem mal zu viel des Guten getan, das Boot kippte um, und die vier „kühlne Seefahrer“ nahmen ein unfreiwilliges Bad. Drei von ihnen, der edlen Schwimmkunst mächtig, erreichten wohlbehalten das Ufer. Der 12 Jahre alte Konrad Steling konnte jedoch nicht schwimmen und ging unter. Ein Arbeiter der am Milchplatz vorüberkam, sprang dem Jungen sofort nach und rettete ihn ans Ufer, wo er nach angestrengten Wiederbelebungsversuchen wieder zu sich kam.

Mehrere Verkehrsunfälle.

Nicht von der Straßenbahn abspringen!

Der Posthalter Julius Möbel verunglückte Sonntag mittag schwer. Er sprang in der Langgasse von der fahrenden Straßenbahn ab, kam dabei zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Er wurde in das Postgebäude gebracht, dort verbunden und dann zur weiteren Behandlung in seine Wohnung geschafft.

*
Die sechs Jahre alte Schülerin Helene Kurowski aus Oliva lief Sonnabend mittag auf der Pommerischen Straße, ohne auf den Verkehr zu achten, in den aus Richtung Zoppot kommenden Personenkraftwagen Pkw 54 580 hinein. Sie wurde zu Boden geschleudert, so daß mit einem Schädelbruch und Verletzungen am linken Arm bewußtlos liegen blieb.

*
Die neun Jahre alte Schülerin Erna Gabriele aus Nickelswalde verunglückte Sonnabend vormittag in der Trossengasse. Das Mädchen lief direkt gegen einen Straßenbahngürtel, der aus Herbstblättern bestand. Glücklicherweise kam sie mit Hautabschürfungen davon.

Gestohlene Reiseschecks.

Vor dem Ankauf wird gewarnt.

In Polen sind Reiseschecks — sogenannte American Express Travelers Cheques — in Gesamthöhe von 720 Dollar gestohlen worden. Die Checks sind von der American Express Company ausgestellt, und zwar 20 Stück zu je 10 Dollar auf den Namen Julius Scheer; 10 Stück zu je 10 Dollar, 5 Stück zu je 20 Dollar, 6 Stück zu je 50 Dollar auf den Namen Jan Macek, sowie 2 Stück zu je 10 Dollar auf einen unbekannten Namen. Vor dem Ankauf dieser Checks wird gewarnt.

* Silberhochzeit. Am heutigen Mittwoch, dem 7. Juni, können der Eisenbahnarbeiter Paul Raach und seine Chefran Juliana das Fest der Silberhochzeit begreifen. Herr Raach genießt in der katholischen Gemeinde Altstettland besonderes Vertrauen, er gehört dem Kirchenvorstand als Vertrauensmann an und hat sich auch um die christliche Gewerkschaftsbewegung besondere Verdienste erworben. Wir sagen auch unsererseits dem Jubelpaare, das bereits seit 25 Jahren treuer Leifer unserer Zeitung ist, die besten Glückwünsche. — Das Fest der Silberhochzeit können heute auch Herr Albert Kopitski und seine Chefran Juliana, Ohrn, Boltengang 15, wohnhaft, feiern. Wir sprechen dem Jubelpaare, das ebenfalls seit 25 Jahren unsere Zeitung liest, die besten Glückwünsche zu ihrem Ehrentag aus.

Angekommen, bemerkte sie niemand, dachte, sie sei zu früh eingetroffen und schlenderte auf und ab.

Ein armelig gekleideter Greis mit weitem Barteschiff auf sie zu und hielt ihr den Hut entgegen.

Während sie nach einer Münze suchte, flüsterte es auf sie ein: „Ich bin der Großvater der Verkäuferin. Folgen Sie unanfällig und ohne Sorge. Wir haben Ihnen eine Mitteilung zu machen.“

Gertrud sah sich den Mann an. Er stand demütig vor ihr, trog das abgezäumte Rothes sauber, und trog der Geiste eines Bettlers mit dem Ausdruck der Biederkert.

Was hatte die neue Überraschung zu bedeuten? Lachte man sie in eine Falle? In welche?

Merkte der Alte ihre Bedenken? Er zischte: „Haben Sie keine Furcht. Gehorchen Sie!“ Und laut verkündete er, als er ein Geldstück empfangen hatte, die Worte: „Der Himmel lohne Ihre Freundlichkeit. Er segne Sie mit Gesundheit.“

Andere Leute gingen er nicht an. Er wandte sich um und humpelte gehüllt einer schmalen Gasse zu. Gertrud wanderte zuerst in dem jetzt mächtigen Menschenstrom und in der Fülle verschwenderischen Lichtes, das von überall her — von Bergungsstätten und Reklameschildern, von Lampen und Laternen — auf sie einströmte, vorwärts, bog dann aus und betrat die enge Straße.

„Hierher“, tönte es ihr zu.

Sie stand vor einem Breiterzaun innerhalb einer schmalen Häuserlücke. Ein Tor war geöffnet. Von dort her musste der Burz kommen. Ja — für den Bruchteil einer Sekunde wurde der Kopf des Mädels sichtbar. Mut, sprach sich die Erlenholzbäuerin zu und verschwand in dem Gang. Sofort wurde sie zur Seite gezogen. Hinter den hölzernen Verschlag, in die Dunkelheit von Schatten. Sie erschrak und wollte ausschreien.

Donnerstag: Raub der Sabinerinnen.

Sondervorstellung im Stadttheater.

Franz von Schönthans 4-aktiges Lustspiel „Der Raub der Sabinerinnen“ wurde aus Anlaß ihrer 15-jährigen Zugehörigkeit zum hiesigen Stadttheater von Dora Ottenburg, Heinz Brede, Carl Brügel, Carl Kleiner und Gustav Nord gewählt für einen Ehrenabend, der am Donnerstag, den 8. Juni 20 Uhr stattfindet. Dora Ottenburg spielt die Rolle der Rosa, Heinz Brede den Groß, Carl Brügel den Theaterdirektor Striese, Carl Kleiner den Leopold Neumeister und Gustav Nord den Professor Gollwitz. Außerdem wirken Frieda Regnald, Frieda Werner, Traude Mallash, Magda Hennings und Hans Günther mit.

* Die Konkurrenz der Danziger Teer-Produktion macht sich in Westpolen — polnischen Berichten folge — immer stärker bemerkbar. Auf den Märkten in Posen, Bromberg, Thorn und Grudenz soll der Absatz für polnisches Teer infolge der erheblich niedrigeren Preise für Danziger Ware kaum noch möglich sein. Die billigere Produktion der Danziger Fabriken wird darauf zurückgeführt, daß die Danziger Gaswerke den Rohstoff an die Produzenten zu erheblich niedrigeren Preisen als die polnischen Fabriken dafür zahlen müssen, abgeben.

Deutsche Jugendkraft.

Bez.-A. Langenau : Seeburg Ostpr. 1 : 0 (0:0).

Seeburg Ostpr. weilt die Pfingstfeiertage in Langenau, um ein Freundschaftsspiel auszutragen. Das Spiel hatte eine stattliche Anzahl Zuschauer angelockt. Es war im Spielverlauf sehr interessant. Langenau, die stärkere und bessere Mannschaft, versuchte vergeblich den Torzeigen zu eröffnen. Seeburg machte einen müden Eindruck. Langenau spielte immer überlegen, doch die Angriffe wurden von der gut arbeitenden Verteidigung gestoppt. Erst 20 Minuten vor Schluss gelang es dem Langenauer Mittelfürmer das

Siegestor zu erzielen. Beide Mannschaften gaben sich redliche Mühe. Langenau konnte als stolzer Sieger den Platz verlassen.

Knaben-A. Langenau : Hohenstein 3 : 2 (3:1).

Sport.

Wurstaubenschießen des Jagdschutzvereins Danzig in Marienburg.

Ausländlich der Festspiele in Marienburg hatte der Jagdschutzverein Danzig e. V., Bezirk Großes Werder, am 2. d. Mts. zu einem Wurstaubenschießen auf dem Stande im Stadtwald Marienburg-Willenberg eingeladen.

Die Beteiligung war infolge des schönen Wetters und der verlockenden wertvollen Preise außerordentlich groß. Es wurden bei scharfer Konkurrenz sehr gute Schießleistungen erzielt.

Die Zeitsfolge war von: 12—14 Uhr Karten-schießen, wobei die drei besten Karten bemerket wurden. Als Preissträger gingen hervor: 1. Preis, Reinhard Tornier (Trampenau); 2. Preis, F. Schroeder (Eichwalde) beide Kreis Großes Werder; 3. Preis, G. Schroeder (Königsdorf).

Von 14—16 Uhr Preisschießen, verbunden mit dem Schießen um die Vereinsmeisterschaft, die zum ersten Male ausgeschossen wurde: 1. Preis, Montau (Groß-Salau, Kr. Danziger Höhe); 2. Preis, F. Schroeder (Eichwalde, Kr. Gr. Werder); 3. Preis, Dr. Schilling (Marienburg).

Von 16—18 Uhr Ausgleichsschießen: 1. Preis, Lieb (Schönwiese); 2. Preis, Dr. Schulz (Rahlstedt, Kr. Danziger Höhe); 3. Preis, Kroll (Eichwalde, Kr. Gr. Werder).

Den Ehrenpreis, gestiftet von der Stadt Marienburg, sowie den Meisterschaftspreis, gestiftet vom Allgemeinen Deutschen Jagdschutzverein Großes Werder, erhielt Montau (Groß-Salau, Kr. Danziger Höhe).

Aus dem deutschen Osten

Aus dem Gefängnis ausgebrochen.

Königsberg. Aus der Chirurgischen Klinik ist der Strafgefangene Arbeiter Paul Zander, am 18. Oktober 1904 zu Heinrichswalde (Niederung) geboren, entwichen. Zander wohnte zuletzt in Alt-Weinuden, Landkreis Tilsit-Ragnit. Zander, der von Tilsit nach Königsberg gebracht worden war, um hier seine Strafe zu verbüßen, ist als Löffelstielshülder bekannt. Im Stuhmeyer Gefängnis verübt er einen Löffelstiel und mußte operiert werden. Eine neue Operation sollte jetzt in Königsberg vorgenommen werden. Ordnungsgemäß wurde Zander dem Krankenhaus übergeben. Er verlangte darauf hinzustreten zu dürfen, was ihm auch gestattet wurde. Trotz seiner schweren Wunde ist er geflüchtet.

Festgehilfe vermisst.

Allenstein. Seit dem 30. Mai wird der Festgehilfe der Oberförsterei Kudippen, Erich Kryma, vermisst. Kryma hatte am 30. Mai im Revier der Försterei mit zwei Försterhütlern eine Streife durchzuführen. Von dieser Streife ist der Festgehilfe bisher nicht zur Dienststelle zurückgekehrt. Später hatte er sich von seinen Begleitern getrennt, um allein noch eine Streife durch ein Revier zu machen. Im Stuhmeyer Gefängnis verübt er einen Löffelstiel und mußte operiert werden. Eine neue Operation sollte jetzt in Königsberg vorgenommen werden. Ordnungsgemäß wurde Zander dem Krankenhaus übergeben. Er verlangte darauf hinzustreten zu dürfen, was ihm auch gestattet wurde. Trotz seiner schweren Wunde ist er geflüchtet.

In Schughalt genommen.

Allenstein. Der Kaufmann Max Wohlhauer wurde in polizeiliche Schughalt genommen, da er die Maßnahmen der Reichsregierung in absäßiger Weise öffentlich kritisierte.

Vorgehörliche Hunde im Kreise Gerdauen.

Rahden, Kr. Gerdauen. Bei der Anlage einer Tannenpflanzung auf dem Grundstück des Gutsrotts Emil Hartwig stieß man auf vorgesetzte Hunde. Ungefähr 200 Meter südöstlich des Alleuers wurde unter einem Hügel ein Steinkreis mit einem Durchmesser von 9 Metern freigelegt. Der größte Teil des Steinkreises war bereits abgetragen. Ein weiterer Steinkreis, den man in der Nähe fand, barg eine Urne. In einer Entfernung von 1,50 Meter liegt ein weiterer Steinkreis, der noch nicht abgeschnitten ist. An der Stelle befand sich ein Wald, der vor circa 20 Jahren abgeholt worden ist. In den nächsten Tagen wird eine Untersuchung durch das Prussia-Museum erfolgen.

Weiter — weiter, drängte Gertrud.

„Ich sagte, daß Sie sich nach dem Wege zum Opernhaus erkundigt hätten.“

„Und dann?“

„Sie er davon und ich hinter ihm her. Er Ihnen und ich ihm.“

„Was?“

„Er verfolgte Sie bis zum Hotel.“

„Und er bemerkte dein Tun?“

„Dazu war er zu dumm.“

„Sie ist wie ein Wiesel“, fiel der Greis ein.

Gertrud aber ertrug die Ungewissheit, die Spannung und das Unheimliche nicht länger und begann zu weinen. Sie kam sich verlassen vor. Ohne Schutz. Die Grete hatte sich in ein dümmliches Schauspiel, das sie verschlingen wollte, verwandelt.

„Weshalb sollten wir Sie heute abend treffen?“ erinnerte der Weißbartige sie an die Aufgabe, die er übernommen sollte. „Wenn irgend etwas Sie beeindrückt,“ meinte er zumindest, „dann sprechen Sie sich aus. Wir sind ehrliche Menschen.“

Da erzählte die Erlenholzbäuerin in der Nacht, die sich geheimnisvoll für sie in Pilgerfahrt setzte, in einer unbekannten Stadt und an einem sonderbaren Platze, von dem Weißgeieck, das in der Heimat auf sie eingestürzt war. Von dem Überfall und dem Brand. Auch die Geschichte des Jagdhäuses vergaß sie nicht und noch weniger die Begegnung mit dem Fremden am vergangenen Morgen.

„Wie sah er aus?“

„Groß, schlank, rotblondes Haar, sommersprossig.“

„Uns fragt ein anderer Mann. Statlich aber breit und groß. Es müssen also zwei sein. Halten wir Rat“, schlug der Greis Gertrud vor und besprach sich mit ihr.

(Fortsetzung folgt).

Danzig nimmt an der Weltwirtschaftskonferenz teil.

Präsident Dr. Schäfer und Konsul a. D. Schönberg die Delegierten.

Wie bereits verschiedentlich gemeldet wurde, wird im Juni und Juli in London die internationale Finanz- und Wirtschaftskonferenz (Weltwirtschaftskonferenz) zusammentreten. Die Fragen, die auf dieser Konferenz behandelt werden sollen, erstrecken sich auf folgende Gebiete: Münz- und Kredit-Politik, Preise, Wiederaufnahme der Bewegung des Kapitals, Bechränkungen im internationalen Handel, Tarif- und Vertragspolitik sowie Organisation der Produktion und des Warenaustausches. Nächste Erläuterungen über diese Punkte der Tagesordnung sind in der letzten Zeit schon in fast allen Tageszeitungen gemacht worden.

An dieser Konferenz, deren Beginn auf den 12. Juni festgesetzt ist, nehmen fast alle Staaten der Erde teil. Auch die Freie Stadt Danzig hat eine Einladung erhalten. Der Senat hat beschlossen, den Präsidenten der Bank von Danzig, Dr. Schäfer, sowie Konsul a. D. Walter Schönberg in Firma Danziger Sleeper Kontor W. Schönberg G. m. b. H., als Danziger Delegierte zu entsenden.

Neue Pensionskürzungen bei der Polnischen Eisenbahnverwaltung

Ein rechtswidriger Vorstoß der polnischen Eisenbahnverwaltung gegen Deutsch-Danzer Eisenbahnpensionäre, der schärfste Anschlag erforderlich.

Nachdem die Bezüge der Eisenbahnpensionäre, Witwen und Waisen in den letzten Jahren bereits mehrfache Kürzungen erfahren haben, treten ab 1. Juli 1933 neue Kürzungen ein, die teilweise die bisherigen Bezüge bis zu 50 Prozent herabsetzen. Am schlimmsten werden diejenigen Pensionäre betroffen, die frühzeitig entweder infolge Krankheit oder aus anderen Gründen pensioniert wurden. Daselbe gilt in verstärktem Maße von den Witwen und Waisen der jetzt genannten. Diese geradezu katastrophalen Herabsetzungen der Pensionen haben ihre Ursache in der rücksichtslosen Änderung der Bestimmungen des polnischen Pensionsgesetzes vom 8. Juli 1929 und die Gleichstellung der Danziger Pensionäre mit denen in Warschau auf der Basis 30 Gulden gleich.

In einer am 2. Juni d. J. von der Gewerkschaft der Eisenbahn-, Hafen-Beamten und -Angestellten einberufenen Versammlung wurde gegen diesen erneuten Eingriff in die Rechte der Eisenbahnpensionäre Stellung genommen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß er das Rechtsempfinden der Eisenbahnpensionäre auf das schwerste verletzen müsse, wenn man ihnen während ihrer aktiven Dienstzeit Beiträge zur Pensionsklasse in Abzug gebracht habe, die weit über den Rahmen der Beiträge für die Angestelltenversicherung hinausgingen und ihnen jetzt eine Pension festsetze, die unter dem Existenzminimum liege und viele Pensionäre zwinge, nunmehr die Unterhaltung des Wohlfahrtsamtes in Anspruch zu nehmen.

Insbesondere sei die Gleichstellung mit Warschau völlig unverständlich, da die Lebensbedingungen in Danzig und Warschau grundverschieden seien.

Die Versammlung fand in der Annahme einer Entscheidung ihren Ausklang, in der es u. a. heißt: „Die Umänderung der Berechnung der Pensionen wirkt sich bis zu 50 Prozent der bisherigen Bezüge derart ein, so daß es aus, daß mit Zug und Recht von einer Existenzgefährdung der von der Kürzung betroffenen Pensionäre gesprochen werden kann. Die Untersetzung der in Warschau gezahlten Beiträge als Grundlage für die Pensionsberechnungen ist unhaltbar, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse in Warschau unmöglich mit den Lebensbedingungen in Danzig verglichen werden können. Die Eisenbahnpensionäre, Witwen und Waisen werden sich in ihrer Not an alle in Frage kommenden Instanzen und bitten, alles auszubüten, um diesen rücksichtslosen, die Danziger Verhältnisse in keiner Weise berücksichtigenden Eingriff in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuheben.“

Französischer Besuch in Gdingen.

Betreter der Pariser Stadtverwaltung.

Gdingen, 7. Juni. In Gdingen sind die Vertreter der Pariser Stadtverwaltung eingetroffen, die augenscheinlich eine Reise durch Polen machen. An der Reise nehmen teil der Präsident des Pariser Stadtparlaments de Fontenay und mehrere Mitglieder des Stadtparlaments. Die Führung durch Polen hat der polnische Botschaftsminister Dr. Duch übernommen.

Auch Sonntags Briefaufstellung

während der Saison in Zoppot.

Dem Magistrat Zoppot ist von der Postverwaltung auf seinen Antrag hin mitgeteilt worden, daß für die Monate Juni, Juli und August wieder wie im Vorjahr eine einmalige Briefaufstellung an Sonn- und Feiertagen in Zoppot durchgeführt wird. Im Interesse des Kurortes Zoppot, der bestrebt sein muß, seinen Gästen jede erdenkliche Erleichterung zu gewähren, ist diese im Zusammenarbeiten mit dem Magistrat und der Postverwaltung erneut zustande gekommene und im Vorjahr sehr beachtenswerte Einrichtung zu begrüßen. Besonders die Hotels und Vermieter werden neben der Annehmlichkeit für Kurgäste durch die Sonntags-Briefaufstellung in die Lage versetzt, Anfragen von Kurgästen so schnell wie möglich zu genügen.

* Beim Fleischschmuggel erwispt! An der Grenzstelle Orla wurde eine Autotaxe angehalten und von Polizeibeamten verhört. Hinter der Sitzbank versteckten wurden ca. 90 Pfund frisches Fleisch vorgesunden, das von den Wageninsassen ohne Erlaubnis aus Polen in das Freistaatgebiet gebracht werden sollte. Das Fleisch wurde natürlich beschlagnahmt und gegen die Infrastrukturen des Autos, welche Danziger Staatsangehörige waren, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

* Verlegung der 1.ziehung der Klemmlotterie. Aus technischen Gründen hat sich der Reiterverein veranlaßt gesehen, mit Genehmigung des Senats die 1. ziehung von Donnerstag, den 8. d. M., auf Donnerstag, den 22. J. n., zu versetzen. Die ziehung findet also nunmehr endgültig an diesem Tage von 10 Uhr vormittags ab in der Messesalle Danzig statt. Die Ausstellung der Gewinne bleibt vorläufig noch bestehen. Es handelt sich um Auspielung von 956 Gewinnern im Werte von 9000 Gulden. Die Hauptgewinne sind im Werte von 2000, 1000 und 500 Gulden usw.

„Vorbildliche“ Sprache eines nationalsozialistischen Führers

Aus dem Wortlaut des Brandenburger Oberpräsidenten und nationalsozialistischen Fraktionsführers Kubo.

Im gestrigen hiesigen nationalsozialistischen „Vorposten“ hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Wilhelm Kubo, einen Artikel veröffentlicht: „Danzig und Österreich“. Was Herr Kubo über Danzig sagt, kommt über Allgemeinplätze nicht hinaus, wenn man es nicht als Kuriosum betrachten will, daß der Präsident des Senats Dr. Siebmacher verzeichnet war, gegen die von ihm gesetzte Hitlerbewegung durch die und dünn gegangen“ ist.

Weil Herr Kubo also über Danzig wenig zu sagen und legt er sich da auch den Danziger Parteien gegenüber größte Zurückhaltung auf, so geht er doch robuster vor gegen die österreichischen Christlich-Sozialen (das österreichische Zentrum), die dort den Bundeskanzler und die meisten Minister stellen, hinter denen die Heimat steht und die geschlossen mit der österreichischen Regierung sich den „Gleichschaltungsbemühungen“ der Nationalsozialisten entziehen. Da wallt Herr Kubos Zorn gewaltig auf, ganz offen gegen die Christlich-Sozialen, im Unterbewußtsein aber auch steif gegen das deutsche Zentrum, und so töbt er los (die Hervorhebungen im folgenden Text stammen von uns. D. Schrifttg.):

„Während in Danzig die Entscheidung im Sinne Adolfs Hitlers bereits gefallen ist, leben wir Deutsch-Österreich durch das Verhalten seiner Christlich-Sozialen Regierung in der schwersten Krise. Deine Gemeinschaftsgesellschaft mit den Deutschen im Reich scheint der Christlich-Sozialen Partei verlorengegangen zu sein. Mit dem primitiven Haß des politischen Analphabeten verfolgt diese innerlich korrupte und verdorbnende Partei die deutsche Freiheitsbewegung und ihre Symbole.“

Leider einen Führer von Format verfügt sie seit dem Tode Luegers nicht mehr. Das Niveau der Zentrumsführung im Reich ist dem Niveau der Führung der

Christlich-Sozialen Österreichs turmhoch überlegen, obwohl wir im Reich durch das Zentrum der letzten 14 Jahre nicht gerade vernichtet worden sind.

Primitivster Größenwahn, jubilantes Nachbedürfnis und eine geradezu tragische Veranlagung zum konzentrierten Hanswurststium machen das Wesen des Christlich-Sozialen in Deutsch-Österreich aus. Zur Freude aller Feinde Deutschlands werden die Donauhochter der Christlich-Sozialen Parteibesitzer gegen das gesamte deutsche Volk ins Große gesetzt. Wir Reichsdeutschen haben es doch nicht nötig, uns für unser gutes Geld von den Christlich-Sozialen entwirbelt und anpreisen zu lassen! Das deutsch-österreichische Volk selbst muß seine staatlichen Dinge ohne Beeinflussung von außen in Ordnung bringen.

Inzwischen sieht die schwarzen und roten Brüder in Österreich auf Kosten der Nationalsozialisten einzeln werden, lädt sich bis auf weiteres nicht übersehen. Neuwahlen steht die Christlich-Soziale Partei wie das Kind die Rute. Diese Herren müssen, daß die berechtigte Errichtung der deutschen Alpenländer sie von ihren Eiken wegwerfen würde. Wenn das Zentrum im Reich in Not war, rief es immer den roten Teufel um Hilfe an. In der gleichen Situation haben die Christlich-Sozialen Österreichs in gleicher Weise gehandelt.“

Soweit der Nationalsozialisteführer im Danziger Nationalsozialistenblatt. Ein Kommentar scheint uns überflüssig zu sein. Aber eine Frage: Wie würden diese Herrschaften empfehlen, wenn hier oder anderswo ihre eigene Partei mit derartigen „Liebesschwüngen“ bedroht werden würde? Da wäre es gleich Landesverrat. Schmähung des Deutschen und moralisch mehr. Undern gegenüber alaunen sie sich alles und jede Sprache erlauben zu dürfen, sie selbst aber sind mimosenhaft empfindlich gegenüber jeder, auch der leisesten Kritik. Wir legen derartige Dinge mit dem klaren und offenen Namen der doppelten Moral zu belegen, die in jedem Falle verwerflich ist.

Einbruch in die Danziger Beamtenbank.

Nur Wechselscheck gestohlen.

In den Feiertagen wurde in die Räume der Bekleidungsgeellschaft für Danziger Beamte „Begeba“ im Hause Breitgasse 16 ein Einbruch verübt. Die Täter sind von der leerstehenden Hängeetage des Nebenhauses Breitgasse 17 aus in den Verlauftraum der „Begeba“ eingedrungen. Von hier aus verschafften sie sich Einlaß in den Kellerraum der Beamtenbank, indem sie ein Sperrgitter durchbrachen, eine Treppe abschloß, die zum Kassenraum führt. Hier erbrachen sie einen eisernen Kassenschrank und entwendeten einige Tausend Gulden Wechselscheck. Außerdem brachen sie einen alten Geldschrank auf, in dem sich nur Blätter befanden. Der Einbruch muß von langer Hand vorbereitet sein.

Der Betrug der Einbrecher hat zweifelsohne der im ersten Stock gelegenen Spar- und Darlehnskasse gegolten. Es finden sich hier auch an der Tür Beschädigungen, die diesen Verdacht bestätigen. Danach guten Sicherungen hielt die Tür aber stand. Zu vermuten ist auch, daß die Täter in ihrer Arbeit gestört wurden. Die weiteren Entwicklungen sind von der Kriminalpolizei, die morgens am Tatort weilete und nach Fingerabdrücken suchte, aufgenommen worden.

* Silberhochzeit. Heute feiert Herr Bernhard Bieschke, Oliva, Bahnhofstraße 5, mit seiner Chefrau Maria geb. Surowski, das Fest der Silberhochzeit. B. ist langjähriger Abonnent der „Danziger Landes-Zeitung“.

* 25jähriges Dienstjubiläum. Die Besitzelsbamme, Frau Elise Krebs in Fürstenwerder feierte in der Pfingstwoche ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Gleichzeitig ist sie über 25 Jahre treue Leserin der „Landeszeitung“.

* Polen streicht die Erziehungsbeihilfen für die Beamten. Die polnische Regierung hat die bisher an die Beamten mit kinderreichen Familien gezahlte Erziehungsbeihilfe für die Kinder gestrichen, da Geldmittel dafür im Budget nicht mehr vorhanden sind.

* Bezahlung von Reisekosten aus Registerguthaben. Danziger, Reichsdeutsche und Ausländer, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches haben, können ihre deutschen Fahrtkarten in Gulden für den jeweiligen Bonifaz für Registermark in den Reisebüros des Norddeutschen Lloyd, Danzig, Hohes Tor, und Zoppot, Kurhaus, erhalten.

Wetterbericht

gegeben vom Observatorium der Freien Stadt Danzig. Heiter, bis wolbig, ansteigende Temperaturen.

Während sich das südrussische Tief aufsetzt, steigt der Druck über Skandinavien langsam weiter an. Bei schwachen nordöstlichen und meist wärmeren Winden, ist mit langsamer Erwärmung zu rechnen.

Wettervorhersage für heute nachmittag: Keine Änderung.

Für Donnerstag: Heiter bis wolbig, schwache bis mäßige nordöstliche bis östliche Winde.

Für Freitag: Keine wesentliche Änderung.

Seebäder nachrichten

Bad	Temperaturen am 7. 6. 1933		Zahl der Badenden am 7. 6. 1933
	Wasser	Air	
Heubude	14	15	65
Brösen	15	16	90
Glettfau	14	17	21
Zoppot	14	17	129

Familiennachrichten.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Chefrau Clara Selewski geb. Kloß, 45 Jahre. — Siegmund Lewandowski, ohne Beruf, 20 Jahre. — Rentenempfänger Rudolf Bielski, 67 Jahre. — Schiffer Adolf Nochlik, fast 70 Jahre.

Todesfälle: Rentenempfänger Johann Fierle, 75 Jahre. — Oberweichensteller Heinrich Wallberg, 41 Jahre. — Maurer Paul Blum, 48 Jahre. — Chefrau Anna Fischkin, geb. Fain, 38 Jahre. — Rentenempfänger Adolf Kreft, 43 Jahre. — Tochter des Gastwirts Richard Gaede, 12 Jahre. Kaufmann Franz Musall, 64 Jahre. — Oberfleißerin Elisabeth Büttner, 46 Jahre. — Kaufmann Leo Dic, 54 Jahre. — Soldat Eduard Kremin, 63 Jahre. — Chefrau Marie Helmanowski geb. Natschitsch, 56 Jahre. — Sohn des Arbeiters Johannes Berg, 1 Tag. — Haustochter Marie Strauch, 30 Jahre. — Chefrau Ella Wessel geb. Cloos, 43 Jahre.

Standesamt III Danzig-Neusahrwasser.

Todesfälle: Walther Fritz Vahlke, 66 J. — Sohn Arnold des Arbeiters Albert Dostowski. — Oberschaffner i. R. Stanislaus Pontek, 73 J. 4 Wochen.

Hauptkristalleiter: Franz Steffen.

Verantwortlicher für Kulturelle, Politik und Feuilleton: Hauptkristalleiter Franz Steffen. Für Wirtschaft, Handel, Theater, Polen, Handelsberichte, Vermittlungen: Dr. Leo Heydt. Für Anzeigen und Geschäftliches: Bruno Albers. Sammelbüro: Gutsbüro 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 33

Außerordentliche Tagung des Preuß. Lehrervereins in Magdeburg.

Magdeburg, 6. Juni. Auf der heutigen außerordentlichen Vertagung des Preußischen Lehrervereins gab Dr. Sablonny-Berlin, der Bevollmächtigte des Reichsleiter Schlemm bekannt, mit dem Deutschen Beamtenbund sei eine vorläufige Einigung dahingehend erzielt worden, daß der Nationalsozialistische Lehrerbund dem Deutschen Beamtenbund corporativ beitrete.

Dann wurde der Antrag, daß der Deutsche Lehrerverein corporativ dem NS-Lehrerbund beitrete, mit der Motto, daß so schnell wie möglich die Auflösung des Preußischen Lehrervereins und anderer Organisationen und die Überführung in Fachschaften des NS-Lehrerbundes erfolgen soll, angenommen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde zunächst gegen die Wiederwahl Dielmann-Magdeburg, der den Preußischen Lehrerverein Jahrhundertlang geleitet hat, Widerspruch erhoben, weil Dietmann nicht Nationalsozialist ist und weil man die Überführung des Preußischen Lehrervereins in den NS-Lehrerbund durch einen Nationalsozialisten vornehmen lassen wollte. Schließlich wurde die Wahl Dietmanns, die die Billigung des Reichsleiters Schlemm gefunden habe, mit überwiegender Mehrheit beschlossen. Zum Schlus wurde ein Antrag einstimmig angenommen, daß die Unterverbände in ihre Sitzungen den Reinigungsparagraphen aufzunehmen hätten.

Befestigung eines Deutschen in Brüssel.

Brüssel, 6. Juni. In einer der Hauptstraßen Brüssels wurde heute mittag ein aus Südwürttemberg stammender Deutscher, der von einem Hafen aus von Antwerpen liegenden Dampfer einen Auszug nach Brüssel unternommen hatte, vom belgischen Publikum befestigt, weil er an seinem Anzug sichtbar ein Haltenkreuzabzeichen trug. Die Menge ging zu fä-

lichen Angriffen über, bis ein Polizeibeamter sich des Deutschen annahm. Da die ständig anwachsende Menschenmenge weiter eine bedrohliche Haltung einnahm, wurde der Deutsche in Polizeigewahrsam genommen. Die von dem Vorfall benachrichtigte deutsche Gesandtschaft in Brüssel erreichte die Freilassung des Inhaftierten, nachdem er zwecks Verfolgung der Täter zu Protokoll vernommen worden war.

VDA-Rundgebung auf der Walhalla bei Regensburg.

Regensburg, 6. Juni. Im Anschluß an die große Tagung des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande (VDA) in Passau fuhren am Dienstag Abordnungen des Bundes der Auslandsdeutschen zur Walhalla, der deutschen Ruhesthalle bei Regensburg. Hier fand eine schlichte, aber eindrucksvolle Feier statt, an der auch der Präsident der Regierung von Niederbayern und Oberpfalz, Dr. Wirsching, als Vertreter der bayerischen Staatsregierung, viele Behördenvertreter, ferner Dr. Ernst-Berlin, der Führer des Deutschen Schuhbundes, und zahlreiche Jugendgruppen des VDA teilnahmen. Der neue VDA-Reichsführer Dr. Hans Steinacher brachte die volksdeutsche Forderung an diesem Ehrenmal zum Ausdruck. So wie im Jahre 1807 in einer Zeit des völkigen staatlichen Zusammenbruchs der Gedanke der Einheit und der Ganzheit des deutschen Volkstums als das Fundament alles staatlichen Lebens geboren worden sei, so sei nach dem deutschen Zusammenbruch im Jahre 1918 nun wieder der Sinn für die Größe und Würde des deutschen Volkstums allen staatlichen Einheiten zum Trost erwacht. Die Abstimmungskämpfe, die Grenzkämpfe sowie die Bewährung des deutschen Volkstums in den fremden Staaten seien der ruhmvollste Teil der deutschen Geschichte der letzten 14 Jahre gewesen. Der Reichsführer legte sobald einen prächtigen Kranz vor der Büste des Freiherrn vom Stein nieder.

Als Vertreter des Saargebiets führte Oberbürgermeister Neiss-Saarbrücken aus, das Saargebiet habe auf

der Pfingsttagung in Passau und jetzt an der Walhalla die Weihe zum Endkampf um die Erhaltung des Saargebiets bekommen. Das Saargebiet werde sich der anderen deutschen Abstimmungsgebiete würdig erweisen.

Mandatsniederlegung in der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Berlin, 6. Juni. Wie das VDZ-Büro meldet, hat der für die Zentrumspartei im Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd) gewählte Abgeordnete Landwirtschaftsrat Heinrich Schmidt-Lipstadt sein Reichstagsmandat niedergelegt, und zwar ohne eine nähere Begründung dafür anzugeben. Landwirtschaftsrat Schmidt-Lipstadt ist der Leiter der Landwirtschaftskammer in Lipstadt und spielt auch sonst als Vertreter der Landwirtschaft in Lipstadt eine gewisse Rolle. Für jeden Einzelnen dürfte bei der Stellung Schmidt's der Grund einigermaßen klar sein.)

Die Waffenfabrikation und Waffenhandel vor dem Haupthaushalt der Abrüstungskonferenz.

Genf, 6. Juni. Der Haupthaushalt der Abrüstungskonferenz hat sich am Dienstag zum ersten Male in öffentlicher Sitzung ausführlich mit der Frage der Waffenfabrikation und des Waffenhandels beschäftigt. Der französische Vertreter Jouhaux trat in einer langen Rede für die von der französischen Delegation eingereichten Anträge, die in sehr detaillierter Weise auf eine durch Lizenzen, Kontingente u. v. kontrollierte Begrenzung der Fabrikation und des Handels hinzielten, ein. Er erklärte zum Schlus, daß die französische Delegation eventuell ihre ganze endgültige Stellungnahme zu einem Abrüstungsprojekt vor der Annahme ihrer Anträge auf dem Gebiete der Waffenfabrikation und des Waffenhandels abhängig machen werde.

Der Vertreter Polens, Graf Raczyński, schloß sich seinen Ausführungen an. Er behauptete, daß auch die Frage

der Fabrikation des eigenen Luftschutzmaterials behandelt werden müsse.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Norman Davis, verbreitete sich ausführlich über die Schwierigkeiten eines Verbots der privaten Waffenfabrikation. Dem französischen Vertreter erwiderte Norman Davis, daß die öffentliche Meinung sich zwar auch für die von Herrn Jouhaux behandelten Fragen interessiere, daß aber viel wichtiger die Frage der Herabsetzung der Rüstungen sei. Die Beratungen werden Mittwoch, 10 Uhr 30, fortgesetzt.

Die Frage der englischen Kriegsschuldenrate an Amerika.

WTB. London, 6. Juni. Die diesjährige Zusammenkunft des britischen Kabinetts ist von Mittwoch auf Freitag verlegt worden. Sie wird in der Hauptstube der Frage der am 15. Juni fälligen Kriegsschuldenrate in Höhe von 19 Millionen Pfund gelten. Neben die Pläne der Regierung liegen bisher keine Anhaltspunkte vor. Man mißt jedoch die größte Bedeutung der Zusammenkunft zwischen Macdonald und dem Führer der amerikanischen Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz, Staatssekretär Hull, bei, der Freitag morgen in London eintrifft.

60 Kommunisten von der Katowizer Polizei festgenommen.

WTB. Katowiz, 6. Juni. Der Katowizer Polizei gelang es am Pfingstmontag, in einem bekannten Ausflugslokal in Panewnik eine geheime kommunistische Versammlung auszuheben. Die Verhaftung wurde unter dem Decknamen eines "Ausfluges" einberufen, an der über 100 Personen der kommunistischen Partei Schlesiens, Krakaus und Lobs teilnahmen. Die Polizei nahm 60 Personen fest; der überwiegende Teil der Anwesenden waren Juden.

Am 2. Juni 1933 starb unerwartet die Arbeiterin

Fräulein Meta Czoch.

Die Verstorbene hat sich während ihrer siebenjährigen Tätigkeit in unserer Firma als Mitglied des Betriebsausschusses das Vertrauen der Arbeiterschaft und die Achtung ihrer Vorgesetzten erworben.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

DAIMON
Fabrik elektrotechnischer Apparate
G. m. b. H.

Zurückgekehrt
Dr. Preuß
Dr. Preuß-Jablonski

Renn-Lotterie
1933
1. Ziehung aus fehltechnischen Gründen
auf den 22. d. Mts. verlegt!
Danziger Reiterverein.

Zuschneide- und Meisterkurse
für sämtl. Schneideri u. Wäsche,
einzig im Osten. Aufnahme tägl.
Brotbänkengasse 37, I.
Schnittmuster-Verlauf.

Sperrplatten
jetzt billiger!
3 mm, 155/120 cm, nur 50 P
4 mm, 155/120 cm, nur 70 P
Tapetenleisten
Riesen-große Lager!
Überzeugen Sie sich von meiner
Leistungsfähigkeit!
Marschall,
Brotbänkengasse 12

Dacharbeiten
führt billigst aus
Bedachungs-
geschäft Ernst Wilm Danzig, Bischofsberg 33
Telephon 248 30

Für den Herz-Jesu-Monat!

Herz-Jesu-Weihe.

Anleitung sich selbst oder seine Familie dem göttlichen Herzen Jesu zu weihen, nebst passenden Weihegebeten.

Preis: G 0.15.

Vorrätig in der

Buchhandlung des Westpr. Verlags AG.
Danzig, Am Sande 2. Telephon: 247 96/97.

Jubiläums-Gemeinschaftsfahrten

Nach Rom-Neapel v. 10/9.-26/9. m. Venezia, Padua, Assisi, Einsiedeln.
Anschl. an Wien (Kathol. Versamli.) u. München, Abg. Stuttgart-N.
Lourdes v. 6/7.-22/7. u. 3/8.-19/8. m. Paris, Lissieux, (Biarritz SanSebast.) Nizza, Simplon Schweiz, Zug, Koblenz, Abg. Frankfurt a.M.
Ins HI. Land vom 18/9.-15/10. m. Rom, Neapel, Athen, Konstantinop., Syrien, (Baalbeck, Damaskus) Ägypten. Prospl. d. Geschäftsstelle des Berliner Pilgerkomitees, Berlin W 62, Keithstraße 11.

Tüchtige kaufmännische Kräfte FÜR

Buchführung und Korrespondenz
Stenographie u. Schreibmaschine
Büroarbeiten, Lager u. Verkauf
auch Lehrlinge und Anfängerinnen vermittelt
kostenlos die
Stellenvermittlung des
V.W.A.

Gemeinnützige
Gemeinnützige
Stellervermittlung
Rechtsauskunftsstelle
— VERBAND —
DER WEIBLICHEN HANDELS-
UND BÜRO-ANGESTELLTEN EV
GESCHÄFTSSTELLE DANZIG
SPRECHST 9-14 UHR
Wappen
HEILIGE GEIST-GASSE 117
TEL 24166/24164

Verantwortungsbewußte Eltern

überwachen den Lesestoff ihrer Kinder und das ist ihre Pflicht! Aber mit der wichtigen Einschränkung, nicht engherzig zu sein. Das Jugendbuch muß frisch, lebendig, gegenwartsnahe sein, auf keinen Fall aber vermeidlichend, denn sie erreichen dann gerade das Gegenteil von dem Gewollten.

Wählen Sie daher sorglos von uns die Einzelhefte der "Deutschen Jugendbücherei", die in jeder Schule als Klassenlesestoff eingeführt sind und seitens der Lehrerschaft immer wieder als Geschenk bevorzugt werden.

Die Sammlung bietet eine Riesenauswahl in: Sagen des klassischen Altertums, Märchen, Historische Begebenheiten, Reisen und Abenteuer in allen Erdteilen, Polarreisen, Tiergeschichten, ferner umfaßt die Sammlung Novellen und Erzählungen unserer wichtigsten deutschen Autoren.

Jede Einzelnummer kostet nur Gld. 0.25. Eine Riesenauswahl dieser Sammlung finden Sie in der

Buchhandlung des Westpreuß. Verlags
Danzig, Am Sande 2. Telefon 247 96 / 97.

**Das macht uns
leiner nach!**

Born alt auf neuemste
Form werden Damen-
Herren-Hüte in Stroh
und Filz billig um-
gepreist.

Kettnerhagergasse 5.

Fußbälle!
Posten deutsche Aluminiumhüte, Rucksäcke,
Fellstiefelchen u. d. zu her-
abgeleiteten Preisen.
A. Wissenski
Waffen- u. Sporthandl.
Pfefferstadt 6.

1 Dollar
für jedelebendeweizenzahlen wir
nach erfolgter Desinfektion mittels
Vergasungs-System Radikal

Alleinverkauf: Drogerie Bulinski
Kassub. Markt 1a (a. Bahnhof). Tel. 228 13
Auf Wunsch wird Desinfektion ausgeführt.

Antiquitäten:
Silber, Kristall, Porzellan,
Oelgemälde, Teppiche
u. Schmucksachen kauft
F. Musal, Jopengasse 57
gerügt. vereid. Sachverständiger.

Heirats-Anzeigen

Betriebsbeamter,
50 J. alt, 3 Zimmer-
wohnung, lath. wünscht
Dame, 27-40 J. alt,
mit etwas Erfahrung
jedoch Hauptfache wirt-
schaftlich.

Durch Glückstern,
Loh. Frau Goetz,
Johannisgasse 62, 1 Tr.

Miet-Gesuche

Kleine Wohnung,

1 Zimmer, Kammer und
Küche, sonnig, hell, ab
1. Juli zu vermieten.

Schäßlich,
Am Mariendick 36.

Stellen-Gesuche

1 1/2-Zimmerwohn.
auch nach außerhalb, ab
1. Juli, auch später, ge-
sucht. Sehr pünktlicher
Mietzahler. Angebote
mit Preis unt. Nr. 2323
an die Geschäftsstelle
Geschäftsstelle d. Zeitung.

Stellen-Angebote

Knaben, der Lust hat
das Schneiderhandwerk
gründlich zu erlernen,
kann sich sofort melden.

A. Wissenski,
Schneidermeister,
Hundegasse 100, 1 Tr.

Glanzplättchen

kennen
Frauen und Mädchen
stundenweise erlernen.

Lehr-Anstalt,
Paradiesgasse 30.

Zu vermieten

Brunnhörweg Nr. 25,
parterre rechts

3 Zimmer

Bäd., elektr. Licht, Gas,
Garten, Wiete 50,90 G.
am 1. Sept. 33 zu
vermieten. Auskunft:
Telefon 227 89.

Wohnung

zum 1. Juli zu ver-
mieten, auch pass. für
Nölle und Blättere,
Preis 43 Gulden.

Zander,
Kleine Mühlengasse 3.

2 Stuben, 1 Küche,

(2 Treppen) sofort zu ver-
mieten. Bequigm. mittags
von 12-1 Uhr, abends
v. 7-8 Uhr. Zu erfrag.

Büttelgasse 9, Hof,
Nähe der Markthalle.

Gut erhalten

Wäscherolle

zu kaufen gesucht.

Müller,
Oliva, Rosengasse 41.

Guterhaltener

Katholos

möglichst weiß, zu kaufen
gelucht. Angebote mit
Preis unter Nr. 2329
an die Agentur Nagel,
Zoppot, Seestraße 1.

Gebrauchte

Möbel

sowie Sachen aller Art
werden gekauft.

Benda,
Tischergasse 19.

Sommersprossen

Sonnenbrand, gelbe Flecke
beseitigt unter Garantie Apotheker

J. Gadibusch'

AXELA-CREME

1/4 Topf 3.00 1/4 Topf 1.75 G

dazu Axela-Seife 0.95 G

Zu haben in allen Drogerien und

Parfümerien. Bestimmt bei:

O. Boismard - Bulinski,

<p

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**